E&W

Erziehung & Wissenschaft 09/2016

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

Lern-Räume

Defekte Heizungen, undichte Fenster, Schimmel an den Wänden: Viele Schulen in Deutschland sind in einem erbärmlichen Zustand …

Foto: privat

OTTO SEYDEL

Vernachlässigt: der Raum

Geht nicht. Geht doch? In einem überhitzten Klassenzimmer zu unterrichten? „Geht doch." In einem überakustischen Flur Pausenaufsicht zu führen? „Geht doch." In einem – für die Schülerzahl – viel zu kleinen Klassenzimmer binnendifferenzierende und variantenreiche Lernmethoden einzusetzen? „Geht doch." Und dabei Ruhe und Humor nicht zu verlieren? „Geht doch." ...

Oder doch nicht? Der Preis, den unsere Gesellschaft dafür in Kauf nimmt, ist hoch. Burnout und Frühpensionierung im pädagogischen Berufsstand haben viele Ursachen. Eine ist sicher, dass in den vergangenen Jahrzehnten eine wichtige Rahmenbedingung für Lehren und Lernen sträflich vernachlässigt wurde: der Raum (übrigens genauso: die Zeit). Dabei geht es nicht nur um den – mancherorts dramatischen – technischen Sanierungsstau, sondern mindestens genauso um den Bedarf an pädagogischer Funktionalität. Schüleraktiver und handlungsorientierter Unterricht ist im Schulalltag vielfach nur „gegen" den Raum möglich. Gewiss: Es ist nicht überall so. Es gibt unterbelegte Schulen mit viel Platz, neue Schulgebäude, deren „intelligente" Grundrisse eine ausreichend flexible Nutzung gestatten, mit hoher atmosphärischer Qualität, viel Licht, guter Klimasteuerung und Akustik. Aber noch sind das Ausnahmen.

Wieso sieht es in der Regel ganz anders aus? Die naheliegende Erklärung: Kommunale Kassen sind klamm, Schulbau wird notorisch auf die hinteren Plätze der Dringlichkeitsliste verwiesen. Dahinter steckt ein komplexeres Problem: die Steuerung des Schulsystems insgesamt. Zuständig für Programm und Personal ist das Kultusministerium und damit das jeweilige Bundesland, für Gebäude und Ausstattung ist die Kommune (oder der Kreis) verantwortlich. Das Land unterstützt den Schulbau mit Fördergeldern – der Löwenanteil für Bau und Betrieb aber lastet auf kommunalen Schultern. Die Kommune entscheidet: Was wird warum, wo und wie neu oder umgebaut. Für pädagogische Fachkräfte (und deren Gesundheit, s. o.) einer Schule sind die Kommunen hingegen nicht zuständig, außer es geht um Unfallschutz und Gefahrenstoffe. Ändert ein Land sein Schulprogramm (indem z. B. der Lehrplan einen größeren Anteil an schüleraktivem und handlungsorientiertem Unterricht vorsieht), heißt das deshalb noch lange nicht, dass die Gebäude entsprechend der neuen pädagogischen Erfordernisse auch räumlich umgestaltet oder besser ausgestattet werden. Denn in dem Fall müsste das Land für die Kosten auch einstehen („Konnexitätsprinzip"). Am Beispiel des Streits um „Ganztag" und „Inklusion" (die beide nicht nur personelle, sondern ebenso erhebliche räumliche Konsequenzen haben) wird das Tauziehen in Sachen Finanzierung zwischen Kommunalverbänden und dem jeweiligen Land auf Kosten von Schülern und Lehrkräften ausgetragen.

Ändern lässt sich dieses Steuerungssystem als Ganzes vorerst nicht. Doch darf das kein Grund zur Resignation sein.

In den Schulbau ist Bewegung gekommen. Manche Schulträger sind jetzt bereit zu einer „Phase Null", in der die Schulen „auf Augenhöhe" vor einer Wettbewerbsausschreibung an den Vorplanungen beteiligt werden. Auch die neuen „Leitlinien für leistungsfähige Schulbauten in Deutschland" der Montag Stiftungen geben verstärkt Anlass, die Schulbaupraxis vor Ort grundlegend zu überprüfen. Die Chance, sich ernsthaft zu beteiligen, ist an vielen Schulstandorten durchaus vorhanden. Es kommt jetzt darauf an, dass die Schulen sie auch ergreifen. Angesichts der Milliarden, die in den kommenden Jahren in den Schulbau fließen werden, ist es von immenser Bedeutung, dass es hier nicht nur um Quantitäten, also bloß um zusätzliche Räumlichkeiten, und technische Sanierungen, sondern genauso um die pädagogische Qualität und Funktionalität der Architektur geht.

Otto Seydel,
Institut für Schulentwicklung

Inhalt

Prämie des Monats
Seite 5

Gastkommentar
Vernachlässigt: der Raum — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Lern-Räume
1. Sanierungsstau in Schulen: Eine Schande — Seite 6
2. Interview mit Karl-Heinz Imhäuser: Kluge Anreizsysteme nötig — Seite 12
3. Osterholz-Scharmbeck: Ein Campus für lebenslanges Lernen — Seite 14
4. Schülerbefragung an der Regine-Hildebrandt-Schule: Mehr Licht, mehr Platz — Seite 17
5. Platzmangel in Kitas: Weniger ist nicht immer mehr — Seite 18
6. Marode Hochschulen: Forschen in Ruinen — Seite 21

Bildungspolitik
1. GEW-Initiative: „Bildung. Weiter denken!“ — Seite 24
2. DDS: Evaluitis — Seite 38

Schule
1. Niedersächsische Arbeitszeitstudie: Jede Woche 50 000 unbezahlte Überstunden — Seite 25
2. Deutscher Schulpreis 2016: „Jedes Kind will lernen“ — Seite 34

Weiterbildung
1. Honorarsätze: Skepsis bleibt — Seite 27
2. GEW-Kommentar: Ziel: Festanstellung — Seite 28

Gesellschaftspolitik
1. Asyl: Vorurteil und Fakt — Seite 29
2. Interview mit Christian Höppner: „Menschen wählen rechte Parteien aus Angst“ — Seite 30
3. DGB-Sommertour: Gymnasiale Inklusion — Seite 32
4. response: Hilfe für Opfer rechter Gewalt — Seite 42

Jugendhilfe
Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt: Nicht ohne deine Daten — Seite 36

GEW-Intern
Nachruf: Claus Scharschuch ist tot — Seite 39

fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit
Schuhproduktion: Der Skandal an den Füßen — Seite 40

Leserforum — Seite 45

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 68. Jg.

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Renate Körner
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
renate.koerner@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 01.01.2015,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Kongress „Zusammen leben – Zusammen lernen“

Schwerpunkt des Bildungskongresses während der Frankfurter Buchmesse am 19. Oktober ist die Situation geflüchteter Kinder in Kita und Schule. Themen der Vorträge und Workshops u. a.: Alltagsintegrierte Sprachförderung, Umgang mit traumatisierten Mädchen und Jungen, Unterricht in heterogenen Klassen. Das Hessische Landesschulamt hat die Veranstaltung als Fortbildung akkreditiert. Die Teilnahmegebühr für GEW-Mitglieder beträgt, inklusive Messeeintritt und Mittagsimbiss, ermäßigt 30 Euro (statt 39 Euro). Programm und Anmeldung über www.buchmesse.de/bildungskongress.
Bitte klicken Sie bei der Online-Anmeldung zuerst auf den orangen Button „Klicken“. Geben Sie dann den Aktionscode BK16PartnerGEW ein und bestätigen mit „Ok“ – der Preis reduziert sich automatisch. Beginnen Sie bitte erst danach mit der Registrierung.

World Teachers‘ Day

Der Weltlehrertag findet am 5. Oktober unter dem Motto „Valuing Teachers, Improving their Status“ – „Lehrkräfte wertschätzen, ihren Status verbessern“ statt. Das Datum markiert in diesem Jahr auch den 50. Jahrestag der gemeinsamen Empfehlung von UNESCO und Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) zum Status des Lehrerberufs: Grundsätze zu Profession und Arbeitsbedingungen, die nach wie vor sehr aktuell sind. Mit den gestiegenen bildungspolitischen und pädagogischen Anforderungen an Lehrkräfte nehmen auch die Belastungen im Beruf zu. In vielen Staaten arbeiten Lehrerinnen und Lehrer in prekären Verhältnissen. Und weil es billiger ist, werden unausgebildete oder schlecht qualifizierte Lehrkräfte verstärkt in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen eingesetzt. Der Weltlehrertag ist deshalb ein Signal an Politik und Gesellschaft, Professionalität anzuerkennen und die Arbeitssituation der Pädagoginnen und Pädagogen weltweit zu verbessern.

Manfred Brinkmann,
Referent für Internationales beim GEW-Hauptvorstand

Tepe mit Gauck in Uruguay

Eine Gewerkschaftsdelegation, der auch die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe angehörte, hat Ende Juli Bundespräsident Joachim Gauck bei seinem Staatsbesuch in Uruguay und Chile begleitet. Anlass für die Gauck-Reise war das 100. Jubiläum der deutsch-uruguayischen Industrie- und Handelskammer. Die deutsche Gewerkschaftsdelegation besuchte während ihres Aufenthalts auch die Zentrale der uruguayischen Gewerkschaft PIT-CNT („Plenario Intersindical de Trabajadores – Convencion Nacional de Trabajadores“). Gesprächsthemen waren aktuelle Herausforderungen des Bildungssystems sowie die Rolle der Gewerkschaften in beiden Ländern.

Hauptschullehrkräfte besser bezahlen

Für die etwa 10 000 Hauptschul- und Werkrealschullehrkräfte in Baden-Württemberg (BaWü) fordert der GEW-Landesverband vom Kultusministerium eine zusätzliche Qualifizierung, die einen Aufstieg von der Besoldungsgruppe A 12 in A 13 ermöglichen soll.
Grund für den gewerkschaftlichen Vorstoß: Viele Haupt- und Werkrealschulen sind geschlossen worden. Die betroffenen Pädagoginnen und Pädagogen mussten oder werden noch auf andere Schularten, z. B. Real-und Gemeinschaftsschulen, wechseln. Die GEW setzt sich dafür ein, dass die Bezahlung dieser Lehrkräfte an die neuen Aufgaben angeglichen wird – mit oder ohne zusätzliche Qualifizierung.
Das Kultusministerium hatte eine Weiterbildungsmaßnahme zwar mehrfach zugesagt, doch der geplante Start Anfang des Jahres kam nicht zustande. Als auch im Nachtragshaushalt die für die Weiterbildung vorgesehenen Mittel nicht auftauchten, hat die GEW Druck gemacht: „Das Geld für die Qualifizierung und den anschließenden Aufstieg der Lehrkräfte von Gehaltsgruppe A 12 in A 13 muss sichergestellt werden“, verlangte die Vorsitzende der GEW BaWü, Doro Moritz. Ende Juli überreichte sie Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) ein Protestschreiben von Haupt- und Werkrealschulen aus dem ganzen Bundesland. Mit Erfolg. Eisenmann versprach, dass die Qualifizierung der Hauptschullehrkräfte noch im Schuljahr 2016/17 beginnen werde und es Mittel dafür gebe.

Klinger spricht bei UN-Treffen in New York

GEW-Vorstandsmitglied Ansgar Klinger hat Ende Juli erstmals als Vertreter der deutschen Zivilgesellschaft, der Gewerkschaften und der Wirtschaft vor dem High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF) der Vereinten Nationen (UN) in New York gesprochen. Das UN-Gremium für nachhaltige Entwicklung beriet über den Stand der Agenda 2030*. „Wir sind froh und erkennen an, dass sich die Bundesregierung durch die Unterzeichnung der Agenda 2030 verpflichtet hat, ihren Teil zur nachhaltigen Gestaltung unserer Welt beizutragen“, betonte GEW-Berufsschulexperte Klinger vor dem HLPF.

*Im September 2015 hatte sich die Weltgemeinschaft auf neue Nachhaltigkeitsziele geeinigt. In der Agenda 2030 werden zum ersten Mal Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit als UN-Ziele zusammengeführt.

Beitrag wird angepasst

Für GEW-Mitglieder, die im Geltungsbereich des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) beim Bund, den Kommunen sowie im (kommunalen) Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) angestellt sind, erhöht sich der Gewerkschaftsbeitrag rückwirkend zum 1. März 2016 um 2,4 Prozent. Das entspricht der ersten Stufe des Gehaltsanstiegs des TVöD-Tarifabschlusses, den die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit den Arbeitgebern von Bund und Kommunen im April vereinbart haben.

Petra Grundmann, GEW-Vorstandsmitglied Finanzen

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie eine MusicMan Soundstation.*

Prämie des Monats September:

MusicMan Soundstation

Die etwas kleinere Stereoanlage für unterwegs. MusicMan sorgt für guten Klang vom USB-Stick, MP3-Player oder Smartphone, mit integriertem Radio und 3,5 mm Klinkenkabel.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder der GEW-Landesverbände Niedersachsen und Thüringen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats September 2016/MusicMan Soundstation

Lernorte beeinflussen Lernen und Arbeiten von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften. Viele Schulgebäude sind stark heruntergekommen und sehr sanierungsbedürftig – Schandflecke in der Landschaft. Die Mängelliste ist lang, wie die Fotos der Außenfassaden aus Frankfurt am Main und Offenbach exemplarisch zeigen.

Hier ein Baugerüst an der Elsa-Brandström-Schule in Frankfurt am Main. Es stützt die Außenfassade, die bröckelt.

Foto: Maria Obermaier

Eine Schande

// Defekte Heizungen, undichte Fenster, Schimmel an den Wänden: Viele Schulen in Deutschland sind in einem erbärmlichen Zustand. Und warten auf ihre Sanierung. Zum Beispiel in Frankfurt am Main und Offenbach. Leider ist es nicht möglich, Innenaufnahmen der Einrichtungen zu zeigen. //

Mitten im Flur tropft Wasser durch die Decke: Wochenlang standen deshalb zwei Eimer im Gang, ein gelber Aufsteller warnte vor Rutschgefahr. Jetzt wird das Wasser behelfsmäßig durch ein Plastikrohr umgeleitet und tröpfelt in einen schwarzen Kübel neben dem Kunstraum. „Es sind oft Handwerker hier“, erzählt Personalrätin Heide Krodel-Johne von der Viktor-Frankl-Schule im Frankfurter Stadtteil Dornbusch. „Doch es wird immer nur das Allernötigste gemacht.“ Das Gebäude stammt aus den 1960er-Jahren. Seither wurde mal hier etwas repariert, mal dort etwas geflickt. Aber seit langem ist klar, dass die Förderschule für körperbehinderte Kinder grundlegend saniert werden muss: Der Putz bröckelt, Wände sind feucht, Risse ziehen sich durchs Mauerwerk. Das Beispiel ist kein Einzelfall. So oder so ähnlich sieht es in vielen Schulen in Deutschland aus. Die Kommunen kommen mit der Sanierung nicht hinterher. „Derzeit fehlen einfach die finanziellen Mittel“, heißt es beim Städte- und Gemeindebund. Das belastet den Schulalltag enorm.

In vielen Klassenzimmern der Viktor-Frankl-Schule ist es im Sommer heiß, denn die Jalousien sind kaputt und die Fenster so morsch, dass sie nicht zu öffnen sind. Im Winter lässt sich die Heizung kaum regulieren, entweder sie bollert oder fällt ganz aus. „Unter diesen Bedingungen müssen wir hier täglich arbeiten“, sagt Personalrätin Krodel-Johne. „Das ist demoralisierend.“ Beim Blick in die Lehrküche seufzt sie. Kürzlich musste die Kochstunde ausfallen, weil aus dem Hahn nur kochend heißes Wasser floss. In die Ritzen des Fensters ist Backpulver gestreut, damit keine Ameisen reinkrabbeln. Und neben dem Waschbecken steht eine Saugglocke bereit. „Die Leitungen sind zu eng“, sagt Krodel-Johne. Beim Spülen verstopfe ständig der Abfluss.

Zu kleine Toiletten

Und obwohl fast alle Schülerinnen und Schüler im Rollstuhl sitzen oder eine Gehhilfe benötigen, ist die Schule nicht behindertengerecht ausgestattet: Am Eingang gibt es keinen elektrischen Türöffner, die Waschbecken sind nicht verstellbar, die Toiletten viel zu klein. Die Elternbeirätin der Schule, Janet Sabri, ist dennoch überzeugt, dass die Kinder nicht viel von diesen Problemen mitbekämen. „Die Lehrerinnen und Lehrer fangen das auf“, meint sie. Das Kollegium sei sehr engagiert. „Eine tolle Schule, keine Frage.“ Doch vieles sei im Alltag mühsam, überall gebe es Hindernisse.

Hinzu kommt, dass die Schülerzahl ständig steigt. Die Schule platzt aus allen Nähten. Der Musikunterricht findet im Keller statt. Das Lehrerzimmer wird zum Klassenraum umfunktioniert. Und auf der anderen Straßenseite findet

Mindeststandards beim Schulbau

Viele Schulgebäude in Deutschland sind marode. Das ist schlimm und ein Skandal. Darüber hinaus entsprechen viele Einrichtungen nicht den Mindeststandards, die notwendig sind, um gute Lernbedingungen sowie die Gesundheit der Lernenden und Lehrkräfte zu gewährleisten. Die GEW nennt Mindestanforderungen an ein inklusives, gesundes Schulgebäude:

Schallschutz: Die Akkustik in vielen Schulgebäuden ist suboptimal. Dies erschwert nicht nur in erheblichem Maß das Lernen von Kindern und Jugendlichen, die Hörschäden haben. Es beeinträchtigt auch allgemein die Konzentrationsfähigkeit sowie das Sprachverstehen und es verursacht Stress.

Schadstofffreiheit: Viele Schulgebäude sind nach wie vor mit gesundheitsschädlichen Stoffen belastet, die sich in Böden, Leimen, Fugen und Anstrichen finden. Zu nennen sind hier Polychlorierte Biphenyle (PCB), Formaldehyd und Asbest. Alle diese Stoffe sind im höchsten Maße gesundheitsschädigend, verursachen Krebs, Allergien oder Atemwegserkrankungen.

Raum zum Lernen und Arbeiten: Viele Kinder und Jugendliche sitzen eingepfercht in zu kleinen Klassenräumen. Platz für offene Arbeitsformen und Methodenvielfalt? Fehlanzeige! Heterogene Lerngruppen brauchen variable Räume, in denen auf vielfältige Weise, allein oder in Gruppen, in unterschiedlich aufgeteilten Räumen gearbeitet werden kann. Aber auch die Lehrkräfte brauchen eigene Räume für die Unterrichtsvorbereitung und das gemeinsame Arbeiten im Team. Meist haben Lehrkräfte außer einem Postfach und einem Stuhl im Lehrerzimmer in der Schule keinen Platz für die Unterrichtsvor- und -nachbereitung.

Barrierefreiheit: Die Bundesregierung hat die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen unterzeichnet. Nun gilt es, dass Schulen barrierefrei werden. Allzu oft werden etwa Umbauten für Rollstuhlfahrer mit fadenscheinigen Gründen abgelehnt.

(Frei-)Räume für eine gesunde Pausengestaltung: Schulhöfe mit Rollsplitbelag oder Asphalt sind keine Seltenheit. Die Verletzungsgefahr ist groß. Es mangelt auf vielen deutschen Schulhöfen an Spiel-, Sport- und Sitzgelegenheiten. Auch Schulgärten gibt es selten. In den Gebäuden fehlen Aufenthaltsräume, sodass Kinder und Jugendliche häufig bei Regen im Klassenzimmer bleiben müssen.

Ilka Hoffmann, Leiterin des GEW-Vorstandsbereichs Schule

Unterricht im Container statt. Nur kurzfristig, hieß es. Doch inzwischen setzen die Außenwände auch schon Rost an – und im neuen Schuljahr soll ein weiterer Container hinzukommen. „Niemand kann sagen, er wüsste nichts von unseren Problemen“, so Krodel-Johne. Sorgfältig hat sie alle Beschwerden und Briefe an die Stadt dokumentiert. Es habe schon etliche Begehungen und Gutachten gegeben. Doch bislang hat sich an den Zuständen nichts geändert. „Es ist eine Schande, was mit uns gemacht wird“, findet die Personalrätin.

Die Stadt prüft derzeit, wie es mit der Schule weitergeht, ob es eine Sanierung oder einen Neubau gibt. Die Gespräche laufen. Nicht klar ist, ob die Schule an ihrem Standort bleiben kann. Es gibt Überlegungen, ein neues Gebäude eventuell am Stadtrand zu errichten. Doch das will in der Schule keiner. „Wir sind hier so gut integriert und super angebunden“, betont Schulleiterin Monika Bollhorst-Mühl. Elternsprecherin Sabri fügt hinzu: „Dagegen wehren wir uns mit Händen und Füßen.“

Wie viele Schulgebäude in Deutschland marode sind, weiß niemand so genau. Das Bundesbildungsministerium erklärt nur knapp, dass für Bildung die Länder zuständig seien – und verweist auf die Kultusministerkonferenz (KMK). Doch auch bei der KMK stehen Schulgebäude nicht auf der Agenda. Die Länder sind zwar für die Schulen verantwortlich, die Häuser selbst aber Eigentum der Kommunen. Fakt ist: Es gibt einen enormen Sanierungsstau. Das Deutsche Institut für Urbanistik schätzt den Bedarf auf 34 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr haben die Kommunen in den Flächenländern 2,8 Milliarden Euro in die Sanierung von Schulgebäuden investiert. „Dabei gibt es riesige Unterschiede“, erklärt der Referatsleiter für Kommunalfinanzen beim Deutschen Städte- und Gemeindebund, Florian Schilling. So haben zum Beispiel die Kommunen in Bayern im Schnitt 74,32 Euro pro Einwohner für Baumaßnahmen im Schulbereich ausgegeben, in Nordrhein-Westfalen waren es lediglich 9,22 Euro, in Mecklenburg-Vorpommern 11,44 Euro.

Auch innerhalb eines Bundeslandes variieren die Zustände der Gebäude gewaltig, je nach Finanzlage einzelner Kommunen. Viele sparen an der Infrastruktur. „Langfristig wird die Rechnung dadurch jedoch teurer“, sagt Schilling. Es sei günstiger, eine Schule gut in Schuss zu halten – als ein Gebäude erst verfallen und dann kernsanieren zu lassen.

Doch sogar in der Mainmetropole fehlt es dafür offensichtlich an Geld. Dabei steht die Stadt finanziell noch vergleichsweise gut da, im vergangenen Jahr hat sie einen Überschuss von fast 176 Millionen Euro erzielt. Trotzdem: „Frankfurt musste schon immer sparen“, berichtet der langjährige Gesamtpersonalrat Rainer Koch. Viele Schulen seien daher in beklagenswertem Zustand. So stehe zum Beispiel seit Jahren ein Baugerüst vor der Elsa-Brändström-Schule im Frankfurter Westend, weil die Fassade bröckelt. Die Wöhlerschule (Stadtteil Dornbusch) warte seit Ewig-

An der Frankfurter Ernst-Reuter-Schule fallen außen die Fliesen ab.

Foto: Maria Obermaier

keiten darauf, dass die alten Container, die als Unterrichtsräume dienen, ausgetauscht werden. Und an der Ernst-Reuter-Schule fielen Fliesen von der Wand. Die Liste der Schäden ist lang.

„Ohne Druck geht es nicht“

Viele Schulleitungen reden nicht gerne über die Mängel ihrer Einrichtungen. Aus Sorge um den Ruf ihrer Schule, vermutet Gewerkschafter Koch. „Dabei wird dieser durch die maroden Gebäude ruiniert.“ Verbessert würde erst etwas, wenn die Schulen aktiv dagegen vorgingen. Seine Erfahrung: „Ohne Druck geht es nicht.“ So hätten die Proteste von Eltern und Lehrkräften der einsturzgefährdeten Elisabethenschule im Stadtteil Nordend letztlich dazu geführt, dass die Stadt einen „Aktionsplan Schulbau“ aufgelegt habe: Das Sanierungsprogramm stellt 150 Millionen Euro bereit, verteilt auf fünf Jahre. Das sind 30 Millionen Euro pro Jahr. Für 160 Schulen in Frankfurt. „Ein Tropfen auf den heißen Stein“, so Koch. Der GEW-Bezirksverband schätzt den Sanierungsbedarf der Frankfurter Schulen auf eine Milliarde Euro.

Die Stadt stellt nach eigenen Angaben für Schulen und Kitas jährlich 100 Millionen Euro für Investitionen bereit und 30 Millionen Euro für die Bauunterhaltung. Reicht das? „Um den Sanierungsstau innerhalb weniger Jahre abzubauen, nein“, erwidert der Sprecher des Dezernats für Bildung und Frauen, Martin Müller. Doch dafür bräuchte es nicht nur mehr Geld, sondern auch deutlich mehr Personal in den Ämtern, fügt er hinzu. Bislang trifft das Stadtschulamt die Entscheidung, ob eine Schule saniert wird – und beauftragt das Hochbauamt, die Baumaßnahmen abzuwickeln. Immer wieder wird Kritik laut, dass dies zu Reibungsverlusten führt und Zeit kostet. Deshalb sollen die Aufgaben künftig in einer Behörde gebündelt werden. Denn bisher, kritisiert der Gesamtpersonalrat, vergingen von der Planung bis zur Fertigstellung eines neuen Schulgebäudes sechs, sieben Jahre. Wenn die Bankenstadt in dem Tempo weitermache, werde sich der Sanierungsstau weiter erhöhen, warnt Koch. Zumal der Raumbedarf mit dem Ausbau des Ganztags und der Inklusion noch steige.

Vier Fragen für die Planung eines „Lehrerzimmers“

Um in der Schule arbeiten zu können, brauchen Lehrerinnen und Lehrer nicht nur ein Klassenzimmer, sondern angemessene individuelle Arbeitsmöglichkeiten und gemeinsame Kommunikationsbereiche. Ihr „Territorium“ im funktional gänzlich überlasteten Lehrerzimmer ist oft auf weniger als zwei Quadratmeter angesetzt. Es gibt noch immer Bundesländer, in denen diese Größenordnung als Standard gilt.

1. Für wen soll das Lehrerzimmer gebaut werden?

Angesichts der Notwendigkeit, multiprofessionelle Teams zu bilden, sollte das gemeinsame „Lehrer“-Zimmer für alle Berufsgruppen in einer Schule der Regelfall werden.

2. Brauchen Schulen zentrale oder dezentrale Lehrerzimmer?

Soll es – wie bisher üblich – nur ein zentrales „Lehrer“-Zimmer geben oder sollen Teilfunktionen an „schülernahe“ dezentrale Teamstationen abgegeben werden? Die zweite Lösung bietet sich dort an, wo eine Schule in Jahrgangsteams o. ä. organisiert ist. Zentral bleibt bei einer dezentralen Lösung nur ein kommunikativer Treffpunkt mit Kaffeemaschine und Postfächern, im Idealfall mit einem zusätzlichen Ruheort.

3. Wie sollen Lehrerzimmer gegliedert werden?

Ein modernes „Lehrer“-zimmer ist mehr als nur ein „Zimmer“. Es braucht eine räumliche Gliederung nach verschiedenen Funktionsbereichen: informelle Kommunikation, Besprechung, Einzelarbeit. Einzubeziehen sind außerdem die verschiedenen Funktionsbereiche: von der Kopierstation bis zum Stillarbeitsplatz, vom Elternsprechzimmer bis zum Sanitärbereich.

4. Soll es im Lehrerzimmer personalisierte oder nicht personalisierte Arbeitsplätze geben?

Je mehr individuelle Arbeitsplätze vorgesehen werden sollen, desto geringer wird die Fläche für die anderen Funktionsbereiche. Gegebenenfalls ist auch eine flexible Lösung denkbar: zu unterscheiden wäre dann nach Vollzeit- und Teilzeitarbeitskräften und/oder den Arbeitsgewohnheiten im Kollegium.

Otto Seydel, Institut für Schulentwicklung

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe hebt hervor, wie wichtig schöne, flexibel und individuell gestaltete Klassenzimmer für das Lernen seien: Der Raum sei der „dritte Pädagoge“. Die pädagogischen Möglichkeiten hingen stark vom Raum ab. Für individuelles, inklusives Unterrichten – zum Beispiel in einer Lernwerkstatt – brauche es Platz, betont die Gewerkschafterin. Ein angenehmer Raum wirke zudem beruhigend und fördere die Konzentration. „Außerdem erzieht er die Schülerinnen und Schüler mit“, so Tepe. Wenn das Klassenzimmer gepflegt sei, gingen die Schülerinnen und Schüler auch sorgsam mit dem Inventar um. Bei der Finanzierung sieht Tepe den Bund in der Pflicht: „Wenn der Bund Inklusion möchte, muss er ein Programm auflegen, das den Schulen auch die dafür benötigten Räume ermöglicht.“

Einige Städte sind allerdings so pleite, dass sie nicht mehr eigenständig über ihre Ausgaben entscheiden können. Offenbach zum Beispiel. In Frankfurts Nachbarstadt wartet unter anderem die Käthe-Kollwitz-Schule schon sehr lange auf ihre Sanierung. Und das, obwohl das Gebäude aus den 1970er-Jahren asbestverseucht ist. Der ehemalige Schulleiter Gerd Müller berichtet, dass das Kollegium schon vor vielen Jahren mit Demonstrationen auf die Zustände aufmerksam gemacht habe. Die Stadt habe daraufhin mehrfach versprochen, die Berufsschule zu sanieren. Aber irgendetwas sei immer dazwischen gekommen, so Müller.

GEW-Kreisvorsitzender Michael Köditz bezeichnet es als „Schande“, dass die Berufsschule noch nicht asbestfrei ist. Der giftige Baustoff sei längst verboten. Solange das schädliche Material in

Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach: Die Berufsschule ist in einem Gebäude aus den 1970er-Jahren untergebracht, das asbestbelastet und trotzdem noch nicht saniert ist.

Foto: privat

den Zementplatten fest gebunden ist, sei es zwar nicht gefährlich. Doch eine einzige Faser genüge, um bei Menschen Lungenkrebs auszulösen. Die Zementplatten verwitterten, in einigen seien Nagellöcher und Brüche mit Farbe und Plastikfolie notdürftig übertüncht worden. Der gesamte Zustand der Einrichtung sei erschreckend, betont der Gewerkschafter.

Strenge Sparauflagen

Der Offenbacher Bürgermeister und Schuldezernent Peter Schneider (Grüne) verweist auf die strengen Sparauflagen seiner Kommune. Jeder Haushalt müsse vom Regierungspräsidium abgesegnet werden. Knapp zwei Jahre lang seien keine baulichen Maßnahmen genehmigt worden, erklärt Schneider. Eine Finanzierung durch „Public Private Partnership“, kurz PPP, habe die Koalition aus CDU, Grünen, FDP und Freien Wählern ausgeschlossen. Aus gutem Grund: „Wenn man sich die Erfahrungen im Kreis Offenbach anschaut, weiß man, wie es ausgehen kann“, so der Bürgermeister. Der Kreis hatte 2004 private Firmen mit der Sanierung und Bewirtschaftung von 90 Schulen beauftragt. Das Projekt stellte sich als finanzielles Fiasko heraus, der Landkreis zahlte Millionen Euro drauf (s. E&W 7-8/2016).

Schneider hebt hervor, dass die Stadt vor zehn Jahren ein Programm zur Schulsanierung auf den Weg gebracht habe – und im Zuge dessen schon etliche Projekte realisiert worden seien. Jetzt sei die Erneuerung der Käthe-Kollwitz-Schule dran. Dafür seien 19 Millionen Euro vorgesehen. „Die Planung läuft bereits“, betont Schneider. 2018 soll alles fertig sein.

Müller bleibt skeptisch: Die Sanierung sei so oft in letzter Sekunde verschoben worden, kritisiert der ehemalige Schulleiter. Er habe mal eine Flasche Champagner darauf gewettet, dass die Schule vor dem neuen Fußballstadion fertig würde. Doch während die Offenbacher Kickers schon seit vier Jahren in einer modernen Arena spielen, wartet die Käthe-Kollwitz-Schule immer noch auf ihre Sanierung. „Schauen wir mal, ob die Handwerker in diesen Sommerferien wirklich anrücken und in zwei Jahren dort eine wunderbare Schule steht.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW

Jetzt
100,– Euro
Startguthaben[1]
sichern!

0,– Euro Bezügekonto[2] der „Besten Bank“

[1] Für GEW-Mitglieder, Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto vom 18.04.2016 bis 30.12.2016, Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied sowie Abschluss Online-Kontowechselservice und 2 Mindestgeldeingänge je 800,– Euro in 2 aufeinanderfolgenden Monaten – innerhalb von 6 Monaten nach der Kontoeröffnung.
[2] Voraussetzung: Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.

- ✔ **Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst**
- ✔ **Einfacher Online-Kontowechselservice**
- ✔ **Vorteil für GEW-Mitglieder: 100,– Euro Startguthaben[1]**

GEW Vorteile für GEW-Mitglieder!

Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 192 (kostenfrei)
www.bbbank.de/gew

BB Bank
Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

Kluge Anreizsysteme nötig

// „Das alte Modell der Klassenräume war lange erfolgreich, es hat sich als mentales Muster in den Köpfen festgesetzt. Wahrscheinlich fällt ein Umdenken auch deshalb so schwer.“ Warum das so ist, erklärt Karl-Heinz Imhäuser, Vorstand der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, im E&W-Gespräch. //

E&W: Herr Imhäuser, viele Schulgebäude stammen noch aus der Kaiserzeit. Den Anforderungen an eine demokratische, inklusive Bildung werden sie kaum gerecht. Warum werden trotzdem noch etwa 90 Prozent der Schulneubauten im alten Stil errichtet?

Karl-Heinz Imhäuser: Das alte Modell der Klassenräume war lange erfolgreich, es hat sich als mentales Muster in den Köpfen festgesetzt. Wahrscheinlich fällt ein Umdenken auch deshalb so schwer. Aber mit der alten Idee von Raumgestaltung und Klassen von 60 Quadratmetern kommen wir heute nicht mehr weit. Damals war die zentrale Bildungsidee die homogene Lerngruppe in einer Klasse. Punkt. Heute haben wir es zunehmend mit heterogenen Lerngruppen jenseits des Klassenverbandes zu tun. Es gibt Lernbüros, selbstorganisiertes Lernen, flexible Stundenpläne, Projekte. Dafür brauchen wir dringend andere Lernumgebungen.

E&W: Das heißt?

Imhäuser: Eine zeitgemäße Schule braucht größere Flächen, auf denen sich die unterschiedlichen Lerngruppen variabel je nach Thema und Lernphase organisieren können. In Skandinavien verzichten manche Schulen bereits ganz auf Klassenzimmer. Stattdessen haben sie Lernlandschaften von 600, 800 Quadratmetern. Auf dieser Fläche gibt es „Stilleräume“ ganz aus Glas, in denen die Schülerinnen und Schüler einzeln konzentriert an Themen arbeiten können. Es gibt „Kommunikationszonen“ mit Kaffeebar und Wasserkocher zum Plaudern, „Lernräume“ für Dreier-, Vierer- oder Achtergruppen, akustisch abgeschirmte Boxen mit bequemen Sitzen, in denen sich Jugendliche locker zu Debatten zusammensetzen können, ohne andere Lernende zu stören. Akustikelemente an den Decken, Lamellensysteme, schalldämmende Materialien sorgen dafür, dass es nicht zu laut wird.

Foto: Montag Stiftungen

Karl-Heinz Imhäuser

E&W: Wie gehen Sie vor, wenn Sie einen inklusiven, zukunftsfähigen Schulneubau planen?

Imhäuser: Als Erstes müssen wir natürlich schauen, für wen die Räume überhaupt da sein sollen. Mit welcher Schülerklientel haben wir es zu tun? Welche Lernmöglichkeiten benötigt der inklusive Unterricht am Ort? Was ist für eine Ganztagsschule notwendig? Lange hat man dafür zum Beispiel einfach Nachmittagsräume dazu gebaut – obwohl nachmittags ja die Vormittagsräume leer stehen. Doch mehr ist nicht automatisch besser. Bei der Planung müssen wir daher immer wieder fragen: Wie können wir Räume so gestalten, dass sie für mehrere Gruppen und Zwecke zu nutzen sind? Beispiel Flüchtlingsklassen. Brauchen wir dafür wirklich zusätzliche Räume oder können wir sie in die bestehenden Gebäude integrieren? Es wird da vorschnell viel Unsinniges gebaut.

E&W: Grundsätzlich: Wie sollte denn die architektonische Grundstruktur eines zeitgemäßen Schulbaus aussehen?

Imhäuser: Wir empfehlen drei Modelle. Erstens den „Klassenraum plus“. Beim Umbau werden die Wände so versetzt, dass kleinere und größere Klassen entstehen. Das bietet mehr Möglichkeiten für ein methodenreiches, didaktisch variables Lernen.

Zweitens das „Cluster-Modell“*. Dabei planen wir eine große Lernfläche in der Mitte, die sich vielfältig nutzen lässt. An den Ecken gibt es Unterrichtsräume, im Idealfall sind sie komplett verglast. Die Lehrkräfte bekommen gläserne Arbeits- und Besprechungsräume, die Schülerinnen und Schüler zum Eintreten einladen. Das Cluster-Modell lässt sich hervorragend mit herkömmlichen Klassenzimmern kombinieren. Im Schweizerischen Birch beispielsweise hat sich eine Schule für so einen Mix entschieden. In einem Stockwerk Klassenzimmer, im anderen Cluster-Modell.

E&W: Und das dritte Konzept?

Imhäuser: … ist die offene Lernlandschaft nach skandinavischem Vorbild. Sie geht noch einen Schritt weiter als die ersten beiden Ansätze, indem sie viele unterschiedliche Lernbereiche und Atmosphären schafft, mit flexiblem Mobiliar ausgestattet ist und ganz auf Flure verzichtet. In der Oberschule im Lerncampus Osterholz-Scharmbeck (s. S. 14 f.) beispielsweise gibt es eine große Fläche in der Gebäudemitte voller Einzelarbeitsplätze für Schülerinnen und Schüler, wie in einem Großraumbüro. Darum gruppieren sich unterschiedlich große Unterrichtsräume mit Glaswänden, die nur noch entfernt Klassenräumen ähneln. Aber auch Frontalunterricht muss ja nach wie vor stattfinden. Wir brauchen daher eine Differenzierung von Lernformaten, nicht eine neue Dominanz.

E&W: Ist eine solche Schularchitektur teurer als die Bauten nach klassischem Muster?

Imhäuser: Im Gegenteil. Lernlandschaften sind sogar am günstigsten, weil die Verkehrsflächen kleiner sind

als bei allen anderen Modellen. Statt Flure zu bauen, wird die Fläche ja zum Lernen genutzt. Dadurch steht zudem pro Schüler mehr Lernfläche zur Verfügung. Ohnehin lohnen sich die Investitionen in hochwertige Schulbauten. Denn nur 20 Prozent der Kosten entstehen ja beim Bau. Die Instandhaltungskosten über den ganzen Lebenszyklus eines Schulgebäudes machen den Löwenanteil der Ausgaben aus. Und wenn man eine billig hochgezogene Schule schnell wieder nachrüsten, umbauen oder gar abreißen muss, ist das viel teurer als von vornherein solide zu bauen.

E&W: Wie kann sich die Schule auch nach außen öffnen? In die Stadt, das Quartier?

Imhäuser: Indem man die Kommunen schon in der Planungsphase einbezieht. Die Brede Schools in den Niederlanden machen das vor. Beratungszentren oder Bibliotheken werden dort von Anfang an in Schulgebäuden eingeplant. Auch in Deutschland sollten wir die Schulen endlich für das Quartier öffnen. Die inklusive Universitätsschule in Köln zum Beispiel, die gerade in Planung ist, versucht das jetzt. Sie integriert kleine Hörsäle in das Schulgebäude, damit Professoren der Hochschule Vorträge für Oberstufenschüler und Bewohner aus dem Viertel halten können.

E&W: Treiben Architekten neue Schulbaukonzepte voran?

Imhäuser: Leider nein. Die meisten arbeiten weiter nach Schema F. Das hat sich gerade erst wieder in der Ausschreibung für die inklusive Universitätsschule Köln gezeigt. Diese Schule wird eine der innovativsten in Deutschland, mit inklusivem Unterricht von Jahrgangsstufe 1 bis 13. Doch obwohl Konzept und Lernmodell in den Ausschreibungsunterlagen präzise beschrieben waren, hat die Hälfte der Architekturbüros Entwürfe für klassische Schulbauten eingeschickt. Die hatten einfach keine Lust, den Schulbau mal aus Sicht der Pädagogik zu denken.

E&W: Kommt in die Bildungsarchitektur überhaupt langsam etwas Bewegung?

Imhäuser: Ich bin da skeptisch. Sicher, es rollt eine Schulbauwelle auf uns zu, wie in den 1970er-Jahren. Laut KFW-Bank müssen in den kommenden Jahren 34 Milliarden in den Schulbau investiert werden. München, Hamburg, Leipzig, in allen großen Kommunen wird gerade massiv gebaut. Vor fünf Jahren noch waren wir überzeugt, dass wir mit Umbauten hinkämen. Das hat sich völlig geändert.

E&W: Wodurch?

Imhäuser: Zum einen durch den massiven Zuzug in die Städte. Allein Berlin muss bis 2024 76 000 neue Schulplätze aus dem Boden stampfen. Zum anderen durch die hohen energetischen Vorgaben und die strengeren Brandschutzbestimmungen für Schulgebäude. Da ist es oft billiger, neu zu bauen, als die Betonklötze aus den 70ern zu sanieren. Ich fürchte, dieser enorme Handlungsdruck beschert uns wieder hektisch zusammengeschusterte Billigmodelle, Klassenraumschulen, Container. Bestenfalls zehn Prozent der Schulneubauten bis 2020 werden in Deutschland innovativen Plänen folgen.

E&W: Was tun?

Imhäuser: Wir brauchen kluge Anreizsysteme. Wenn Kommunen etwa die Vergabe der Gelder an innovative Gestaltungskonzepte knüpften, geriete sicher einiges in Bewegung.

Interview: Anja Dilk,
freie Journalistin

www.montag-stiftungen.de
***Raumsegmente innerhalb einer großen Fläche**

Unterrichten im Ausland

Sie haben das 1. und 2. Staatsexamen oder Sie sind im Landesschuldienst verbeamtet oder fest angestellt, sind aufgeschlossen und engagiert. Sie suchen eine neue Herausforderung? Dann brauchen wir Sie als

Lehrerin / Lehrer für einen Einsatz an Deutschen Auslandsschulen oder ausgewählten staatlichen ausländischen Schulen. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und informieren Sie gerne über die Rahmenbedingungen.

Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen finden Sie unter:

www.auslandsschulwesen.de

Tel.: 022899 358-3666 • mailto: ZfA.Bewerbung@bva.bund.de

Bundesverwaltungsamt
– Zentralstelle für das Auslandsschulwesen –

ZfA
Deutsche Auslandsschularbeit International

„Als Erzieherin bei FRÖBEL bin ich Forscherin."
Marianne R., FRÖBEL-Kindergarten Heureka

Wenn es bei uns vor Spannung knistert, dann steckt ganz sicher ein neues Experiment dahinter. Egal welche Wissenschaft – in FRÖBEL-Kindergärten gehört Forschen zum Alltag dazu. Als Erzieherin oder Erzieher nutzen Sie die Neugier der Kinder als wichtigste Zutaten für die nächste Versuchsanordnung.

Bei FRÖBEL entwickeln sich nicht nur die Kinder weiter. Kommen Sie zu uns und profitieren Sie von unserem umfangreichen Fortbildungs- und Qualifizierungsprogramm – mit fachlichen Schwerpunkten, die zu Ihnen passen.

www.meine-kitakarriere.de

Bunt und verwinkelt statt eintönig und rechteckig – so präsentiert sich die Oberschule „Lernhaus im Campus“ in Osterholz-Scharmbeck bei Bremen. Die farbigen Erker sind „Lernkojen“ für die Kleingruppenarbeit. Laut Schulkonzept fungiert die Architektur als „dritter Pädagoge“ neben Lehrkräften und Mitschülern.

Foto: Eckhard Stengel

Ein Campus für lebenslanges Lernen

// Die Stadt Osterholz-Scharmbeck bei Bremen hat einen vier Hektar großen „Campus für lebenslanges Lernen“ geschaffen – als Bildungs- und Begegnungszentrum für die ganze Stadt. Kernstück ist eine neugebaute Oberschule, das „Lernhaus im Campus“. Daneben entstand ein „Medienhaus“ mit Mensa und Bibliothek. Ein Gebäudetrakt der weitgehend abgerissenen alten Realschule wurde zum „Bildungshaus“ für die Volkshochschule (VHS) und andere Einrichtungen umgebaut. Am Rande des Geländes residiert weiterhin das Gymnasium. //

Das „Lernhaus im Campus“ entstand aus dem Zusammenschluss von Haupt- und Realschule. Im Mittelpunkt des Schulkonzepts stehen „selbstständiges und kooperatives Lernen“ sowie eine „neue Lehrer-Schüler-Beziehung“: Die Lehrkräfte werden zu Mentoren und Lernbegleitern. „Sie lehren viel weniger, als dass sie das selbstständige Lernen unterstützen“, heißt es in dem Papier.

Individuelle Arbeitsplätze

Die Schule arbeitet inklusiv: Zu jedem Jahrgang gehören auch Kinder mit Förderbedarf. „Unser Konzept kommt ihnen entgegen“, erklärt Campusmanagerin Ulrike Baumheier, „denn wir haben viele ganz unterschiedliche Kinder und legen großen Wert auf individuelles Arbeiten.“ Passend zum pädagogischen Konzept wurde die Architektur entwickelt: Jeder Jahrgang hat einen eigenen Trakt. Zentraler Lernort ist dort die sogenannte „Lernlandschaft“, ein Gemeinschaftsraum mit individuellen Arbeitsplätzen – auch für die Lehrkräfte. Bei Besprechungen können sie sich ins benachbarte Jahrgangsteam-Lehrerzimmer zurückziehen. Für klassische Unterrichtsphasen stehen pro Trakt drei „Input-Räume“ mit elektronischen Tafeln („Smartboards“) zur Verfügung. Bei der Entwicklung des Konzepts wurde auch über jahrgangsübergreifenden Unterricht diskutiert. Letztlich entschied sich die Schule für das Jahrgangsmodell, was laut Managerin Baumheier „schon mehr ist, als andere Schulen machen“. Dies sei zumindest ein erster Schritt, auf den weitere folgen könnten. Schon jetzt gebe es jahrgangsübergreifenden Projektunterricht.

Allein der verwinkelte Schulneubau mit vier Ebenen kostete die Stadt 13,8 Millionen Euro. 52 Lehrkräfte unterrichten 550 Schulkinder. Hinzu kommen drei festangestellte sozialpädagogische Kräfte und ungefähr zehn Honorarkräfte und Ehrenamtliche.

Eckhard Stengel,
freier Journalist

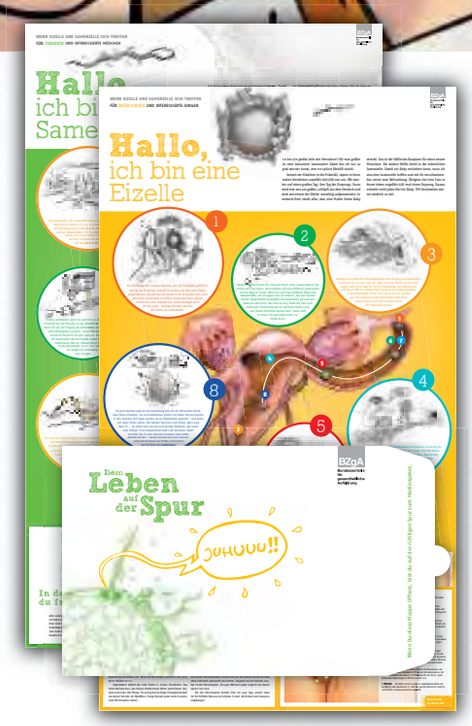
>> Fortsetzung auf Seite 16

Dem Leben auf der Spur

Das Medienpaket zur Sexualaufklärung

BZgA
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Für Mädchen und Jungen
Für das selbstständige Lesen
Für das gemeinsame Lesen mit den Eltern
Für den Einsatz im Unterricht



Das Medienpaket enthält

- die Geschichte **»Dem Leben auf der Spur«**
- das Lexikon **»Das kleine Körper ABC«**
- das Faltblatt **»Das Baby im Bauch der Mutter«**
- das doppelseitige Plakat **»Wenn Eizelle und Samenzelle sich treffen«**
- die Anschreiben für Lehr- und Fachkräfte sowie für Eltern und Erziehungsberechtigte.

Bestellen Sie das Medienpaket **kostenlos** unter **order@bzga.de** oder per Post bei der BZgA, 50819 Köln mit dieser **Bestellnummer: 13160000**

>> Fortsetzung von Seite 14

„Lern- und Begegnungsort für alle“

Fotos: Eckhard Stengel

Jeder Jahrgang hat eine „Lernlandschaft“ mit jeweils eigener Farbgebung und eigenem Ausgang zum Schulhof. Jede Schülerin, jeder Schüler lernt hier individuell am eigenen Arbeitstisch. Zwischen den Schülerarbeitsplätzen stehen die Schreibtische der Lehrkräfte sowie der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zu jeder großen „Lernlandschaft“ gehören zwei kleine schallgeschützte Nebenräume, die sogenannten „Lernkojen“. Hier können sich Kleingruppen treffen.

Kleingruppen treffen sich zum Lernen auch im offenen Treppenhaus, das zudem für Veranstaltungen genutzt wird.

// Der „Campus für lebenslanges Lernen“ im niedersächsischen Osterholz-Scharmbeck wird von der Sozial- und Verwaltungswissenschaftlerin Ulrike Baumheier gemanagt. //

E&W: Frau Baumheier, wie kommt eine 30 000-Einwohner-Stadt auf die Idee, für 23 Millionen Euro einen solchen Campus mit allen Einrichtungen zu entwickeln?

Ulrike Baumheier: Angesichts des Bevölkerungsschwunds, vor allem bei den Jüngeren, musste sich die Stadt fragen:

Ulrike Baumheier, Sozial- und Verwaltungswissenschaftlerin

Wie schaffen wir es, für die bisherigen und auch für neue Einwohner möglichst attraktiv zu sein. Die Antwort findet sich im Stadtentwicklungskonzept von 2007: Osterholz-Scharmbeck soll sich als Wohn- und Bildungsstandort profilieren. Das Schlüsselprojekt dabei ist der Campus. Die örtliche Realschule war ohnehin stark sanierungsbedürftig. Statt dafür viel Geld auszugeben, baute die Stadt lieber gleich eine neue Oberschule und nebenan die anderen Campus-Einrichtungen – als nachhaltige Investition in die Zukunft.

E&W: Wie haben die Lehrkräfte, Eltern und Kinder auf den unkonventionellen Schulneubau reagiert?

Baumheier: Teile des Kollegiums und der Eltern haben das Konzept mit entwickelt. Einige Lehrkräfte wollten sich nicht mehr darauf einlassen und sind gegangen, aber viele andere und die Neuzugänge haben sich ganz bewusst für dieses Modell entschieden. Die Schülerinnen und Schüler waren nach dem Einzug 2014 sofort davon begeistert, wie viel Platz sie jetzt haben und wie ruhig es hier ist.

Interview: Eckhard Stengel, freier Journalist

Foto: TOPOS-Planung

Mehr Licht, mehr Platz

// Es lohnt sich, die Schulgemeinde einzubeziehen, wenn ein Um-, Neu- oder Anbau ansteht. Das zeigt eine bundesweit wohl einmalige Schülerbefragung an der Regine-Hildebrandt-Schule in Birkenwerder/Brandenburg. //

Wer innovative, zeitgemäße Schulen bauen will, die den Anforderungen moderner Pädagogik entsprechen, sollte auch jene einbeziehen, die diesen Raum täglich nutzen: Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte. Davon ist der Berliner Architekt Wolf-Emanuel Linsenhoff überzeugt. Für den Anbau der Regine-Hildebrandt-Schule im brandenburgischen Birkenwerder lud er, unterstützt durch den Soziologen Sigmar Gude von TOPOS Stadtforschung, schon 2010 vor Planungsbeginn Lernende, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Eltern zu Workshops, Interviews und Diskussionsrunden ein: Was braucht eure Schule? Was ist euch für den Unterrichtsalltag wichtig? „Es war sensationell, dass wir detailliert eingebunden wurden“, sagt Schulleiterin Kathrin Voigt. „Schüler und Lehrkräfte haben sich sehr wertgeschätzt gefühlt.“ Gewünscht war unter anderem ein Mix aus Klassenzimmern, Ecken für Gruppenarbeit, ruhigen Nischen für individuelles Lernen und vor allem: helle, große Räume.

Ende vergangenen Jahres, vier Jahre nach Fertigstellung, hakte Gude noch einmal nach: Wie kommt der Anbau bei den Klassen an? Beeinflusst die neue Architektur die Unterrichtspraxis? Da Mittel für eine umfangreiche wissenschaftliche Evaluation fehlten, verteilten die Forscher einen standardisierten Fragebogen unter den Schülerinnen und Schülern der Klassen 7 bis 11 ein Drittel der Schülerschaft nahm an der Umfrage teil.

Ergebnis: Der Anbau bekam insgesamt die Note 1,9, im Gegensatz zu einer 3,3 für den alten Teil der Schule. Etwa ein Fünftel der Befragten beobachtet im lichtdurchfluteten Anbau eine direkte Veränderung der Unterrichtspraxis. 17 Prozent der Rückmeldungen geben an, dass dort mehr Gruppen- und Einzelarbeit stattfinde, vor allem, weil die breiten Flure für selbstständiges Lernen genutzt werden könnten. Inwieweit sich der Unterricht durch die neue Architektur tatsächlich anders gestaltet, hängt nach dem Eindruck der Mädchen und Jungen dennoch im Wesentlichen nach wie vor von den Unterrichtskonzepten der Lehrenden ab. 43 Prozent der Befragten stellen allgemein eine bessere Lernatmosphäre im neuen Gebäude fest – vor allem durch die größeren, hellen Klassenzimmer mit ihrem fünfeckigen Grundriss, den Glaswänden und breiten Lernfluren. Ein Drittel ist überzeugt, auch effektiver zu lernen. Die Glaswände sind allerdings ambivalent beurteilt worden: Während der eine Teil der Befragten die Helligkeit und Transparenz schätzt, fühlt sich der andere (ein Viertel der Befragten) durch die offenen Räume in seiner Konzentration gestört. Schulleiterin Voigt: „Auch Lehrkräfte waren zuerst skeptisch, weil sie sich beobachtet und abgelenkt fühlten.“ Daran hätten diese sich aber gewöhnt und sähen den Sichtkontakt zu den Lerngruppen auf den Fluren sehr positiv. Insgesamt, so Vogt, sei der Unterricht durch die Architektur entspannter und vielfältiger geworden.

Anja Dilk,
freie Journalistin

http://fld-architekten.de/content/schulen-anders-denken-und-bauen

AKUTKLINIK URBACHTAL

PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE

- Burnout
- Lebenskrisen
- Depressionen
- Angststörungen
- Chronische Schmerzen
- Traumafolgestörungen

* **Hochfrequente Therapie**
* **Herzlichkeit und Mitgefühl**
* **Individualität in familiärem Kreise**
* **60 Betten / 30 Therapeuten**

NM.FK 1327

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig

88339 Bad Waldsee
0 75 24 990 222
www.akutklinik.de

BÖCKLER SCHULE

Hans **Böckler Stiftung**
Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

WWW.BOECKLER-SCHULE.DE

MATERIALIEN FÜR EINEN GUTEN UNTERRICHT

Fachlich und didaktisch geprüftes Lehrmaterial ab Klasse 9

– stets aktuell
– Themen wie Mindestlohn, Mitbestimmung, Tarifvertrag, Industrie 4.0, Globalisierung usw.
– Grafik-Datenbank online verfügbar

Keine optimalen Voraussetzungen für Kita-Kinder bot die Architektur der Kita Berkenbrücker Steig im Berliner Stadtteil Hohenschönhausen: Die Einrichtung befindet sich in einem Gebäude aus der DDR-Zeit. Erst nach dem Umbau 2005 gab es für die 150 Kinder mehr Platz zum Bewegen, Toben und Spielen: Wände wurden herausgerissen, Platz für Klettergerüste, Drehscheiben und zum Balancieren wurde geschaffen.

Foto: Kay Herschelmann

Weniger ist nicht immer mehr

// „Weniger ist mehr“, ist eines der Grundprinzipien in einer Kita: weniger Spielsachen, weniger Möbel, dafür mehr Platz für eigene Kreativität. „Weniger ist mehr“ gilt allerdings nicht für die Größe der Räume, denn gerade die Kleinsten brauchen Platz – zum Spielen, zum Toben. Durchschnittlich 2,5 bis drei Quadratmeter Innenraum steht einem Kita-Kind in Deutschland zur Verfügung. Zu wenig nach Meinung von Experten. //

In der Kita Berkenbrücker Steig im Berliner Stadtteil Hohenschönhausen brauchen die 150 Kinder besonders viel Platz: Die Einrichtung, die sich in der Trägerschaft der „Kinder in Bewegung“ gGmbH (KiB) befindet, ist eine sportbetonte Kita. In allen Räumen laden Spielgeräte dazu ein, die Motorik zu schulen. Es gibt Drehscheiben, Klettergerüste, Balanciermöglichkeiten, aber selbstverständlich auch Bauräume und eine kleine Theaterbühne. Sitzmöbel, Regale und Schränke sind mit Symbolen versehen und entsprechend beschriftet. „Die Kinder lernen so ganz spielerisch, einzelne Wörter zu lesen“, sagt die Leiterin der Kita, Birgit Schmieder (57). Im Bauraum werden Burgen errichtet – und das nicht nur aus Holzsteinen, sondern auch aus Alltagsmaterialien, z. B. gebrauchten Joghurtbechern.

Für die Direktorin des Berliner Kita-Instituts für Qualitätsentwicklung (BeKi), Christa Preissing, erfüllt die Beschriftung der Räume und Gegenstände noch einen anderen Zweck: Sie vermittelt gerade den Kleinsten Orientierung und Sicherheit. „Die Kinder müssen wissen, wo sie etwas finden können.“ Das Schwierigste sei, so Preissing, in einer Einrichtung die Balance zwischen dem Bedürfnis nach Bewegung und dem nach Ruhe herzustellen. „Kinder wollen auch mal unbeobachtet von Erwachsenen sein.“ Wichtig sei zudem, in der Kita Gegenerfahrungen zur Reizüberflutung der Medien zu bieten.

Das alles ist im Berliner Bildungsprogramm für Kitas festgehalten, in dem der Senat Richtlinien für die Arbeit in Kindertageseinrichtungen erlassen hat. Es soll dem pädagogischen Personal in den Einrichtungen helfen, Kinder möglichst gut zu fördern. „Der Raum ist nach den beiden pädagogischen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern einer Kita-Gruppe der dritte Erzieher“, sagt Preissing, die maßgeblich an dem Rahmenplan mitgewirkt hat. Wichtig sei zudem, so die Wissenschaftlerin weiter, dass sich die Kinder an der Raumgestaltung beteiligen können, d. h. die Räume müssen so flexibel ausgestattet sein, dass sie nach den Wünschen und Vorstellungen der Kinder umgestaltet werden können.

Nicht immer optimal

Nicht immer bietet die Architektur der Gebäude dafür optimale Voraussetzungen. Die Kita Berkenbrücker Steig beispielsweise ist in den 1970er-Jahren errichtet worden und hat, wie alle in der DDR gebauten Kindertagesstätten,

einen Grundriss, der vor allem funktionsgerecht sein sollte. Aber auch solche Häuser ließen sich, wie Preissing betont, mit dem nötigen Willen umgestalten. Als die KiB gGmbH 2005 die Kita vom Bezirk Lichtenberg-Hohenschönhausen übernahm, wurden Wände herausgerissen, Türen vergrößert, Hochebenen eingebaut.

Auch GEW-Kita-Experte Norbert Hocke kritisiert, dass die Architektur den Gestaltungswünschen der Erzieherinnen und Erzieher immer wieder Grenzen setze. Bei Neubauten fehle es zudem an bundeseinheitlichen Regeln für Architekten. Die Raumkapazitäten in den Ballungsräumen seien zudem sehr begrenzt; vielfach stünden in den Innenstädten nur kleine Räume zur Verfügung. So sehe das Berliner Kita-Gesetz für jedes Kind einen Platzbedarf von lediglich drei Quadratmetern vor. Sicherlich seien architektonische Vorgaben nicht immer optimal für eine gute Pädagogik in der Kita, gibt Wissenschaftlerin Preissing zu. „Sind die Räume zu klein, hilft nur eines: Rausgehen in die Natur – auf den Spielplatz, in den Wald, in den Park."

Platzprobleme

Mit dem Platzproblem ist auch die Kita Pestalozzistraße des Vereins Pestalozzi-Fröbel-Haus in Berlin-Charlottenburg konfrontiert. Raum war in dem innerstädtischen Stadtteil schon immer knapp, Spielflächen für Kinder gibt es viel zu wenige. Den Standort in einer Wohnstraße hat die Kita bereits in den 1950er-Jahren bezogen. Heute verteilen sich dort in einem Gebäude aus der Gründerzeit 94 Kinder im Alter von ein bis sechs Jahren auf vier Etagen. Eine Architektur, die Grenzen setze und Phantasie bei der Raumgestaltung erfordere, wie Mandy Schulze betont. Die 41-Jährige leitet die Kita seit 2012 und eine ihrer ersten Amtshandlungen war es, Räume umzugestalten. Zum Beispiel verlegte sie den Kreativraum, das sogenannte Atelier, vom ersten ins dritte Obergeschoss, weil die Zimmer dort viel heller sind; ein zweiter Bewegungsraum wurde eingerichtet, blickdichte Türen durch Glastüren ersetzt, die mehr Licht in die Zimmer lassen. „Wir verzichteten auf so viele Möbel wie möglich", erzählt Schulze.

Optimaler sind die Voraussetzungen in der Kita Inselkinder im Berliner Innenstadtbezirk Friedrichshain. Doch nur auf den ersten Blick. Die Kita wurde in den 1990er-Jahren als kommunale Einrichtung auf einer Halbinsel an der Spree errichtet; die Landschaft rund um das mehrstöckige Gebäude ist von viel Grün geprägt. Seit elf Jahren ist die Kita in der Trägerschaft der Fröbel-Gruppe, einer gemeinnützigen GmbH.

Der Platz ist für die 175 Kinder der Kita dennoch knapp bemessen, denn sie ist nur von einem schmalen Außengelände umgeben. Im Garten vor dem Haus, erläutert Kita-Leiterin Eleonore Zenthoefer, spielen deshalb in der

Regel nur die Drei- bis Sechsjährigen. Zwei öffentliche Spielplätze gibt es in der Nähe, einer davon grenzt sogar direkt an die Kita an. Doch diesen können Zenthoefer und ihre 26 Kolleginnen mit den Kindern nur an den Vormittagen nutzen. Am Nachmittag, wenn die Kinder aus der Schule kommen, ist der Spielplatz voll, es herrscht ein reges Kommen und Gehen und in Steinwurfweite ist das ungesicherte Ufer der Spree. „Das Risiko ist zu groß, dass etwas passiert“, sagt die 61-Jährige. Zudem wurden viele Grünflächen im Stadtteil in den vergangenen Jahren zugebaut. Um Platz zum Spielen und Toben für die Ein- bis Zweijährigen zu schaffen, hat man deshalb die Dachterrassen im ersten und zweiten Stock zu Außenspielplätzen umfunktioniert.

Pädagogisch vorbildlich sind nach Zenthoefers Worten die Bedingungen im Inneren des Gebäudes. Die thematisch gegliederten Räume sind auf jeder der drei Etagen durch Schiebetüren abgetrennt. Diese ermöglichten es, die Räume zu vergrößern, aber ebenso zu verkleinern, wenn die Kinder sich zurückziehen wollen, erläutert die Kita-Leiterin. „Weniger ist mehr“, betont Zenthoefer, das gelte auch für die Spiel- und Lernmaterialien. „Ein Raum voller Spielzeug überfordert die Kinder“, sagt sie.

Am Berliner Stadtrand profitiert die Kita Berkenbrücker Steig von dem zur Einrichtung gehörenden rund 5 000 Quadratmeter großen Garten. Noch sehe dieser für den pädagogisch geschulten Blick wenig einladend aus, weiß Kita-Leiterin Schmieder. Die Szenerie wird von Reckstangen, Schaukeln und verschalten Sandkästen bestimmt. Doch auf der Wiese hat sie schon einen riesigen Baumstamm zum Klettern ablegen lassen. „Das ist erst der Anfang“, erklärt sie. Bald schon soll das Areal in ein naturnahes Außengelände mit kleinen Hügeln und Büschen verwandelt werden – gemeinsam mit den Eltern und Kindern –, in denen die Mädchen und Jungen Verstecken spielen können.

Jürgen Amendt,
Redakteur „neues deutschland“

Wie viel Platz braucht ein Kita-Kind?

16 Länder, mehr als 16 Vorschriften: Die Vorgaben für die Raumgrößen in Kitas sind von Bundesland zu Bundesland verschieden. Manche, wie etwa Hessen, haben gar keine landesrechtlichen Regelungen, sondern überlassen die Vorgaben den Kommunen. Im Schnitt stehen einem Kita-Kind zwischen 2,5 und drei Quadratmeter Innenraum und zehn bis zwölf Quadratmeter Außenfläche zur Verfügung.*

Eine für das Bundesfamilienministerium 2015 angefertigte Expertise empfiehlt eine Raumgröße von sechs Quadratmetern pro Kind für den Innenbereich und 15 Quadratmetern für die Außenfläche. Kritisiert wird, dass sich in den Länderregelungen „nur selten Hinweise auf weiterführende Raumaspekte“ fänden. Hinsichtlich „einer rechtlichen Verbindlichkeit“ bestehe hier „dringender Nachbesserungsbedarf“.** J.A.

***Joachim Bensel und Gabriele Haug-Schnabel, „16 Länder – 16 Raumvorgaben: Föderalismus als Chance oder Risiko?“, in Gabriele Haug-Schnabel, Ilse Wehrmann (Hrsg.), „Raum braucht das Kind – Anregende Lebenswelten für Krippe und Kindergarten“, Verlag dasNetz, 2012**

****„Qualität für alle – wissenschaftlich begründete Standards für die Kindertagesbetreuung“; Expertisen im Auftrag des Bundesfamilienministeriums, Herder-Verlag, 2015**

Fotos: Kay Herschelmann

Die Kita „Inselkinder“, in den 1990er-Jahren auf einer Halbinsel an der Spree errichtet, bietet zwar viel Grün, der Platz für die 175 Kinder ist dennoch knapp bemessen. Um Raum zum Spielen und Toben für die Ein- und Zweijährigen zu schaffen, hat man deshalb die Dachterrassen im ersten und zweiten Stock zu Außenspielplätzen umfunktioniert. Auch, weil die öffentlichen Spielplätze am Spreeufer für die Kleinen zu gefährlich sind.

Forschen in Ruinen

// Die Hochschulen stecken bundesweit im Sanierungsstau. //

Das Wintersemester stand bevor, als an der Uni Bonn im vergangenen Herbst der TÜV anrückte und kurzen Prozess machte. „Akuter Reparaturbedarf an den Elektroverteilungen“ notierten die Prüfer und sperrten das Allgemeine Verfügungszentrum (AVZ): 5 500 Quadratmeter Unterrichts- und Forschungsräume standen plötzlich nicht mehr zur Verfügung. „Der Forschungs- und Lehrbetrieb musste provisorisch an anderen Orten weitergeführt werden“, erklärte ein Uni-Sprecher: „Betroffen waren vor allem die Fächer Ernährungs- und Lebensmittelwissenschaften, Biologie, Chemie, Physik, Pharmazie und Medizin.“

Ein Einzelfall? Nein, sagt der Bonner Rektor Michael Hoch. 350 Gebäude hat die Uni, auf 500 Millionen bis eine Milliarde Euro schätzt er den Sanierungsstau. Kurzfristige Schließungen wie beim AVZ könnten deshalb jederzeit vorkommen und „nie ganz ausgeschlossen werden“, weitere Gebäude stünden „unter Beobachtung“.

Foto: Foto: Jürgen Bindrim

Mehr als renovierungsbedürftig: das Physik-Institut der Uni Köln. „Die Sanierung der Institute für Physik und Chemie ist der größte Brocken“, sagt der Baudezernent der Hochschule, Markus Greitemann.

40 Jahre lang nichts gemacht

Auch ein paar Kilometer rheinabwärts in Köln steht das Thema Sanierungsstau ganz oben auf der Agenda der Uni-Leitung. Seit 2011 läuft hier ein „Masterplan“, in dessen Rahmen bis 2025 die unvorstellbare Summe von 1,1 Milliarden Euro investiert werden soll – zum Teil in Neubauten, zum Teil aber auch in die dringend notwendige Sanierung bestehender Gebäude. „Machen, machen, machen“ sei das Motto dabei, sagt Markus Greitemann, der Baudezernent der Universität. So wurde bereits der graue Betonklotz, in dem das Philosophikum beheimatet ist, für rund 40 Millionen Euro aufwendig saniert, um nicht nur besseres Arbeiten und Lernen zu ermöglichen, sondern auch die Aufenthaltsqualität deutlich zu steigern.

400 Millionen Euro, schätzt Greitemann, betrug der Sanierungsstau in der Spitze – in den nächsten zehn Jahren soll davon möglichst viel abgebaut werden. „Der größte Brocken“, sagt der Baudezernent, „ist die Sanierung der Institute für Physik und Chemie.“ Die wird, zusammen mit einer baulichen Erweiterung, rund 300 Millionen Euro verschlingen. Ohne Belastungen für Studierende sowie Forscherinnen und Forscher geht es nicht, denn die Sanierung findet im laufenden Betrieb statt. Die Mängelliste ist lang: In einzelnen Gebäuden fehlen Deckenplatten, Wände sind von Rissen durchzogen, Fenster schließen nicht mehr richtig, >>

KLASSENFAHRTEN
zum Erlebnis-Gästehaus in der Eifel

youtel BITBURG

Ihr professioneller Anbieter für erlebnispädagogische Programmangebote zu unterschiedlichen Themen

Idealer Ausgangspunkt für Ausflüge, zum Beispiel:
· Wild und Freizeit im Eifelpark in Gondorf
· Ganzjähriges Freizeitvergnügen im CASCADE Erlebnisbad Bitburg
· Erlebnis Urzeit im Dinosaurierpark Teufelsschlucht

JUGENDHOTEL BITBURG · Westpark 10 · 54634 Bitburg
Tel. 065 61 / 94 44 10 · info@youtel.de · www.youtel.de

Sanierungsstau und Baustellen: Innenansicht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Uni Köln. Bis 2025 sollen 1,1 Milliarden Euro an der Hochschule verbaut werden.

Foto: Jürgen Bindrim

>> es regnet durch, Fassadenplatten geraten ins Rutschen. Und dann sind da noch die Elektroleitungen, die stellenweise völlig überlastet sind, weil bei ihrer Installation noch nicht abzusehen war, dass eines Tages alle Studierenden und Lehrenden mit einem Laptop ausgerüstet sein würden und entsprechend viel Strom verteilt werden muss. „40 Jahre lang ist nichts gemacht worden", sagt Greitemann.

Marode Gebäude – überall

Er ist nicht der einzige Baudezernent, der mit hohen Summen kalkulieren muss: Die Spur maroder Hochschulbauten zieht sich quer durch die Republik.

- In Kiel startete im Juli die auf zehn Jahre angelegte Sanierung der maroden Gebäudesubstanz an einem Großteil der Universität. Unter anderem drohten Fassadenteile bei Wind herunterzukrachen. Das Land plante zunächst mit 165 Millionen Euro Sanierungskosten, stellte dann aber fest, dass sechs Gebäude besser komplett abgerissen als renoviert würden – was zusätzlich 50 Millionen Euro kostet. Der Sanierungsbedarf betrage insgesamt rund 400 Millionen Euro, schätzt Uni-Präsident Lutz Kipp.
- Bröckelnde Fassaden beklagt auch die Uni Hamburg, dazu veraltete Technikinstallationen, Brandschutzprobleme und eine auslaufende Betriebsgenehmigung für den sogenannten „Philosophenturm": Bis 2020 sollen an der Hochschule über eine Milliarde Euro verbaut werden. In der Summe sind auch Neubauten mit enthalten, der Sanierungsbedarf alleine wird auf 630 Millionen geschätzt. Uni-Präsident Dieter Lenzen schimpfte deshalb schon vor zwei Jahren über „Ruinen, die sich Universität nennen". Schneller ging es mit der Sanierung trotzdem nicht.

Foto: imago

Der Hamburger Uni-Präsident Prof. Dieter Lenzen schimpfte schon vor zwei Jahren über seine Hochschule: „Ruinen, die sich Universität nennen."

- Auf 2,9 Milliarden Euro schätzte die bayerische Staatsregierung 2013 in einer Aufstellung den Sanierungsbedarf für die Hochschulen im Land. Dennoch zeigt sich Udo Hebel, Präsident der Universität Regensburg, halbwegs zufrieden: „Natürlich wünschen wir uns immer noch mehr. Aber im Vergleich zu anderen Bundesländern investiert Bayern viel in seine Hochschulen." 2,3 Milliarden Euro seien in den vergangenen zehn Jahren geflossen.
- Schon 2010 bezifferte der Landesrechnungshof im Saarland den Sa-

nierungsstau an der Saar-Universität auf 320 Millionen Euro. „Ein kurzer Spaziergang über den Uni-Campus genügt, um den maroden Zustand vieler Gebäude, besonders im Bereich der philosophischen Fakultäten, zu erkennen. Diese Zustände sind für das Personal der Uni und die Studierenden unzumutbar“, sagt Michael Neyses, Hochschulexperte der grünen Landtagsfraktion.

- „In den vergangenen Jahren ist viel zu wenig in die Bauunterhaltung investiert worden“, bestätigt auch Jenas Uni-Präsident Walter Rosenthal. Er schätzt, dass der Sanierungsstau bei über 25 Millionen Euro liegt; mit den zur Verfügung stehenden Mitteln könnten davon aber nur zehn bis 20 Prozent pro Jahr gedeckt werden. Mit anderen Worten: Der Renovierungsstau wird jedes Jahr dramatischer. Rosenthal: „Es gibt Gebäude, an denen seit der Wiedervereinigung wenig gemacht wurde und die grundsaniert werden müssen.“
- Sanierungen für 1,5 Milliarden Euro, schätzt der Berliner FU-Präsident Peter-André Alt, haben sich bei den Berliner Universitäten angesammelt, alleine ein Drittel davon an der Freien Universität. Die Senatsverwaltung kalkuliert zwar nur mit einer Milliarde, aber auch die steht nicht zur Verfügung. Deshalb haben die Hochschulen noch einmal eine Extra-Liste „nicht weiter aufschiebbarer“ Sanierungen erstellt. Die betrug zuletzt 50 Millionen Euro – und auch dieses Geld ist nicht da. „Sanierung durch Verfall“ sei das, schimpfte deshalb der frühere HU-Präsident Jan-Hendrik Olbertz: „Das ist längerfristig die teuerste Art des Umgangs mit öffentlichen Mitteln: Für die Humboldt-Universität hat diese Politik mittlerweile Mietkosten in Höhe von 10,5 Millionen Euro pro Jahr zur Folge, weil eigene Gebäude im Ausmaß von rund 30 000 Quadratmetern baupolizeilich gesperrt sind oder das Geld für ihre Wiederherstellung fehlt.“

Ursache der Misere

Schuld an der Misere ist, neben jahrelanger struktureller Unterfinanzierung der Hochschulen, die Bildungspolitik in Bund und Ländern. Genauer: eine Vereinbarung, die im Zuge der Föderalismusreform 2006 beschlossen wurde. Damals zog sich der Bund aus dem bis dahin gemeinsam bezahlten Hochschulbau zurück. Die Uni- und FH-Gebäude wurden Landessache, doch die Länder waren und sind damit größtenteils massiv überfordert. Schon 2014 hatte eine Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) Hannover an 72 ausgewählten Universitäten eine dauerhafte Unterdeckung von 38 Prozent festgestellt. Und Besserung ist nicht in Sicht: In drei Jahren laufen die für den Übergang vereinbarten Kompensationsmittel aus. 695 Millionen Euro sind das, die bisher noch als „Entflechtungsmittel“ pro Jahr vom Bund an die Länder überwiesen werden.

Foto: imago

FU-Präsident Prof. Peter-André Alt schätzt, dass die Sanierung der Berliner Universitäten rund 1,5 Milliarden Euro kostet.

„Allein für den Bestandserhalt der Hochschulgebäude ohne Universitätskliniken müssen in den Jahren 2017 bis 2025 bundesweit rund 29 Milliarden Euro aufgewendet werden“, schrieben die Kultusminister in einem gemeinsamen Beschluss vom Februar 2016, der sich in weiten Strecken wie ein dramatischer Hilferuf liest: „Trotz der immensen Investitionen, die die Länder im Hochschulbau tätigen, fehlen derzeit noch acht Milliarden Euro, um diesen minimal notwendigen Bedarf zu decken.“ Eine Summe, die nur durch Bundesgeld – und durch eine Aufhebung des Kooperationsverbots – aufgebracht werden kann. Das aber, warnt die Kultusministerkonferenz (KMK), sei noch lange nicht genug: Das Finanzierungsdefizit sei „noch weitaus höher anzusetzen, wenn neben dem reinen Bestandserhalt der vorhandenen Gebäude auch die zwingend erforderlichen Aufwendungen für den Bedarf an zusätzlichen Forschungsflächen sowie die anhaltend starken Studierendenzahlen berücksichtigt werden“. Zusammen mit dem bis heute aufgelaufenen Sanierungsstau „ergibt sich bei einem angenommenen Flächenausbau von moderaten 1,2 Prozent jährlich eine Finanzierungslücke von sogar rund 35 Milliarden Euro bis zum Jahr 2025“.

Höchste Zeit also für einen neuen Pakt zwischen Bund und Ländern in Sachen Hochschulbau – damit Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angemessene Orte zum Lernen und Arbeiten haben.

Armin Himmelrath,
freier Journalist

„Bau- und Instandsetzungsbedarf in den Universitäten“, Studie des DZHW Hannover: www.his-he.de/pdf/pub_fh/fh-201405.pdf
„Solide Bauten für leistungsfähige Hochschulen“, Beschluss der KMK vom Februar 2016: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2016/2016_02_11-Abbau-Sanierungsstau.pdf

Visit Berlin

Klasse Fahrt!

Infofahrt für Lehrer nach Berlin

Lernen Sie Berlin als Klassenreiseziel kennen!

Vom 07.–09.10.2016 bieten wir Ihnen eine Fortbildungsfahrt mit vielfältigem Rahmenprogramm inkl. Übernachtung für 69,-€ nach Berlin. Bereiten Sie Ihre nächste Klassenfahrt perfekt vor und melden Sie sich gleich unter lehrer.visitBerlin.de an!

// Die GEW startet im September unter dem Motto „Bildung. Weiter denken!“ eine politische Initiative für mehr Geld sowie bessere Lern- und Arbeitsbedingungen in der Bildung. Fakt ist: Der Bildungsbereich ist chronisch unterfinanziert. Gleichwohl stehen die Beschäftigten vor großen Herausforderungen: Inklusion, Ganztag, geflüchtete Kinder und Jugendliche. Der Bedarf an Ressourcen ist groß. Mit ihrer Initiative will die GEW die Bildung finanziell erheblich besser ausstatten. //

Es regnet mal wieder durch das Flachdach. Die Turnhalle muss saniert werden (s. Schwerpunkt S. 6 ff.). Eltern suchen einen Krippenplatz. Schulen wollen sich für die digitale Welt besser aufstellen. Lehrkräfte brauchen mehr Zeit für Fortbildung. Erzieherinnen und Erzieher verdienen es, dass ihr Beruf aufgewertet wird. Eine unbefristete Stelle an der Uni? Schön wär’s. Viele Forschungsstellen sind befristet und aus Drittmitteln finanziert. Der Kita-Arbeitsmarkt ist leergefegt – pädagogische Fachkräfte fehlen. Integrationskurse zu geben, ist eine Daueraufgabe, die die Festanstellung der Lehrkräfte erfordert, statt diese mit Honorararbeitsverhältnissen abzuspeisen (s. S. 28) u. v. m.

Kinder, Jugendliche und Eltern, vor allem aber die Beschäftigten im Bildungsbereich haben berechtigte Forderungen und Erwartungen, Lern- und Lehrangebote sowie die Arbeitsbedingungen der Pädagoginnen und Pädagogen zu verbessern. Die Antwort der Politik lautet darauf aber regelmäßig: Kein Geld. Leere Kassen. Die Schuldenbremse. Die „Schwarze Null“.

Der Bund wiegelt ab und spielt den Ländern den Ball zu: Bildungspolitik sei Ländersache. Durch das Kooperationsverbot seien dem Bund die Hände gebunden. Doch nach wie vor gilt der Satz John F. Kennedys: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung – keine Bildung.“

Deshalb handelt die GEW – und zwar jetzt. Im September startet unsere Initiative für mehr Geld in der Bildung sowie bessere Lern- und Arbeitsbedingungen unter dem Motto: „Bildung. Weiter denken!“

GEW macht Vorschläge

Wenn Politik behauptet, es sei nicht genug Geld für Bildung da, widersprechen wir. Ein resigniertes Denken, das mehr Geld in der Bildung für eine aussichtlose Sache hält, teilen wir nicht.

Die GEW macht nicht nur Vorschläge, was sie unter guter Bildung versteht. Wir zeigen auch Wege auf, wie sich die zusätzlich notwendigen Investitionen finanzieren lassen. Wir haben errechnet, wie mehr Geld in die Kassen der Bundes-, Landes- und Kommunalhaushalte fließen kann. Etwa über die anstehende Reform der Erbschaftsteuer. Eine Steuer, die den Ländern und damit der Bildungsfinanzierung direkt zugute kommen kann. Und wenn das im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung endlich fällt, könnte der Bund Länder und Kommunen dauerhaft in der Bildungspolitik unterstützen.

Dafür will die GEW kämpfen. Einen ersten Erfolg haben wir schon zu verzeichnen: Für den Hochschulbereich ist das Kooperationsverbot gelockert worden. Also: Geht doch!

Bund und Länder haben ihr 2008 in Dresden gegebenes Versprechen, eine „Bildungsrepublik“ zu schaffen und dafür bis 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildung und Forschung bereitzustellen, bis heute nicht gehalten.

Höchste Zeit zu handeln! Dafür suchen wir als Bildungsgewerkschaft nach Bündnispartnern, die bereit sind, für das Ziel „mehr Geld für bessere Bildung“ Tat- und Argumentationskraft aufzubringen. Schlechte Arbeitsbedingungen, zu lange und unbezahlte Mehrarbeit, Einkommen, die nicht aufgabenadäquat sind, sowie prekäre und befristete Beschäftigungsverhältnisse wollen wir in gute Arbeit umwandeln. Weil wir uns gute Bildung und gute Arbeit leisten wollen und müssen. Davon wollen wir nicht nur die GEW-Mitglieder überzeugen, sondern – mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 – alle Wählerinnen und Wähler!

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

Das Gutachten des Wissenschaftlers Roman Jaich zur „Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand“ ist auf der GEW-Website veröffentlicht worden: www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/bildungsfinanzierung-mehrbedarf-von-rund-55-milliarden-euro-pro-jahr/
Das Steuerkonzept der GEW finden Sie hier: www.gew.de/bildungsfinanzierung/gew-steuerkonzept/

Jede Woche 50 000 unbezahlte Überstunden!

// Am 1. August ist die Niedersächsische Arbeitszeitstudie 2015/16, die die GEW Niedersachsen in Auftrag gegeben hat, veröffentlicht worden. Die GEW gewinnt damit eine neue strategische Ausgangsposition für ihr Ziel, die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte zu reduzieren. Ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Lüneburg aus dem vergangenen Jahr hatte die rechtliche Sicht auf die Lehrerarbeitszeit bundesweit bereits verändert (s. E&W 7-8/2015 und 10/2015). Untermauert wird dies jetzt durch die von der GEW Niedersachsen vorgelegten empirischen Befunde. //

Die rot-grüne Landesregierung kann die harten Fakten nicht mehr übergehen: Niedersächsische Lehrkräfte arbeiten mehr als 40 Stunden in der Woche und leisten an Gymnasien in dieser Zeit rund 50 000 unbezahlte Überstunden. Ein Skandal, der in einer neuen Arbeitszeitverordnung korrigiert werden muss.

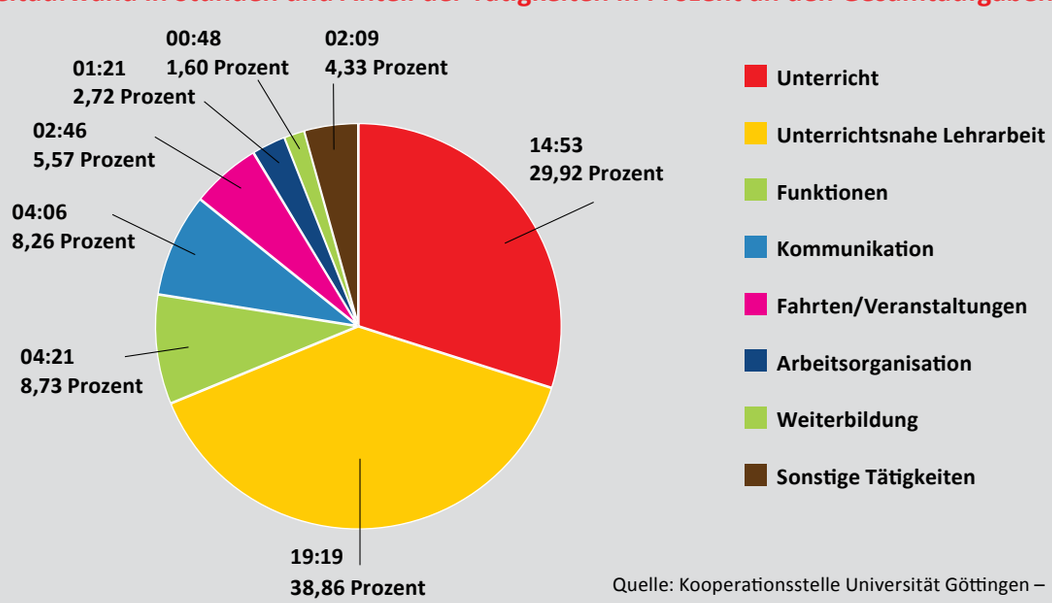
Die Untersuchung der Göttinger Sozialwissenschaftler Frank Mußmann, Martin Riethmüller und Thomas Hardwig basiert auf minutengenauen Einträgen der Arbeitszeit von knapp 2 900 Lehrkräften aus 255 niedersächsischen Schulen über die Dauer eines Schuljahres (von Ostern 2015 bis Ostern 2016). An der Studie hatten sich jeweils 50 Prozent eines Kollegiums beteiligt – unabhängig von einer Mitgliedschaft in der GEW, im Verband Bildung und Erziehung (VBE) oder dem Philologenverband. Die Ergebnisse sind für drei Schulformen repräsentativ: Gymnasium, Grundschule und Gesamtschule.

Zentrale Befunde:

1. **Lehrkräfte arbeiten im Schnitt länger als 40 Stunden pro Woche (die Ferien mit eingerechnet):**
   - An Gymnasien wird das Soll der Arbeitszeit um 3,05 Stunden, an Grundschulen um 1,2 Stunden, an Gesamtschulen knapp überschritten.
   - Allein an den Gymnasien sammeln sich etwa 50 000 unbezahlte Überstunden pro Woche an.
2. **Teilzeit-Lehrkräfte leisten sehr viel unbezahlte Mehrarbeit:**
   - An Gymnasien leisten Lehrkräfte in Teilzeit 4,07 Stunden, an Gesamtschulen 2,31 und an Grundschulen zwei Stunden Mehrarbeit pro Woche.

>> **Fortsetzung auf Seite 26**

Zeitaufwand in Stunden und Anteil der Tätigkeiten in Prozent an den Gesamtaufgaben



Quelle: Kooperationsstelle Universität Göttingen – Arbeitszeitstudie 2015/2016

Kreisdiagramm der Durchschnittswoche der Schulform Gymnasium (acht Tätigkeitsklassen) in Niedersachsen

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter

Zeitdauer-Uhr
Automatik „Compact“
• rückwärtslaufende Uhr
• mit rückseitigem Magnet

Hänge-Orga-Tasche
A4 quer

• übersichtlich + griffbereit aufbewahren
• Aufhängung mit S-Haken

Magnet-Streifen-Abroller
selbstklebend
• 19 mm breit, 3 m oder 8 m lang
• Unterrichtsmaterialien magnetisieren

Taschen und Trolleys
Bester Preis, beste Qualität
• große Auswahl
• verschiedene Materialien
• hochwertig verarbeitet

10,– € Gutschein
Code EW5573
Mindestbestellwert: 30,– €
Gültig bis 31.10.2016
Pro Kunde nur einmal einlösbar. · Nicht bar auszahlbar.

www.timetex.de
TimeTEX HERMEDIA Verlag GmbH
Tel. 09442 92209-0 · Fax -66

>> Fortsetzung von Seite 25

Neue Rechtsprechung

Jahrzehntelang ging die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (BVG) davon aus, dass der Zeitaufwand für die dem Unterricht vor- und nachgelagerten Tätigkeiten bei der Regelung der Lehrerarbeitszeit rechtlich nicht nachzuprüfen sei. Das änderte sich erst mit einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Lüneburg vom 25. Juni vergangenen Jahres. Die Richter erklärten den Beschluss der niedersächsischen Landesregierung, die Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrkräfte von 23,5 auf 24,5 Schulstunden zu erhöhen, für rechtswidrig (E&W berichtete). Das OVG kritisierte, dass es bislang keine nachvollziehbare Erhebung der gesamten Arbeitsbelastung der Gymnasiallehrkräfte gebe und es deshalb nicht gerechtfertigt sei, deren Arbeitszeit zu erhöhen.

Das Gericht bezog sich in seinem Urteil auf die neue Rechtsprechung des BVG, das an die Beschlüsse der Bundesregierung und der Landesregierungen neue prozedurale Anforderungen stellt. Danach seien Schätzungen nach Gutdünken und einmalige Befragungen nach der „gefühlten Arbeitszeit“ nicht mehr zu akzeptieren, entschieden die Richter. Stattdessen sollten sämtliche Tätigkeiten der Lehrkräfte durch „Selbstaufschreibung“ – wie in der am 24. September 2014 veröffentlichten Pilotstudie am Gymnasium Tellkampfschule in Hannover – zeitnah erhoben werden. Das Verfahren, nach dem die Göttinger Wissenschaftler vorgingen, entspreche jenem, mit dem die Arbeitszeit der Richter und Staatsanwälte ermittelt wird. Ziel sei, alle Aufgaben der Lehrerarbeit systematisch über ein ganzes Schuljahr – unter Beteiligung einer repräsentativen Gruppe von Lehrkräften aller Schulformen – zu erfassen. E.B.

- Teilzeit-Lehrkräfte zeigen damit, wie viel Vor- und Nachbereitungszeit für den Unterricht tatsächlich gebraucht wird.
- Vollzeitkräfte sind nicht in der Lage, solch einen zeitlichen Mehraufwand zu erbringen.

3. Gesundheitsgefährdende Belastungen:

- Hohe durchschnittliche Arbeitsbelastung: Alle Lehrkräfte in Vollzeit arbeiten während der Schulzeitwochen im Schnitt an Gymnasien und Grundschulen über 45 Stunden (45,15 bzw. 45,06 Stunden) und an Gesamtschulen über 43 Stunden (43,05 Stunden).
- Eine große Gruppe der Vollzeitlehrkräfte arbeitet 48 Stunden und mehr pro Unterrichtswoche: an Gymnasien fast jede fünfte Lehrkraft, an Grundschulen jede sechste, an Gesamtschulen jede siebte.
- Pausen und Erholungszeiten während der Schulwochen finden so gut wie nicht statt: Zwei Drittel aller Lehrkräfte arbeiten an fast jedem Wochenende.
- Auch in den Schulferien absolvieren Pädagoginnen und Pädagogen ein erhebliches Arbeitspensum.
- Mehr als die Hälfte der Lehrkräfte (54 Prozent) arbeitet trotz Krankheit an den Unterrichtstagen.

4. Ältere Lehrkräfte arbeiten zu viel:

- Im Vergleich zu jüngeren Kolleginnen und Kollegen wenden ältere deutlich mehr Arbeitszeit auf. Als Gründe gibt die Studie u. a. an, dass die Älteren komplexere, schwierigere unterrichtliche Aufgaben übernehmen.

Welche Schlüsse zieht die GEW?

Aus den Befunden der Arbeitszeitstudie sowie dem Urteil des OVG Lüneburg lassen sich zwei Schlussfolgerungen ziehen, die für alle Bundesländer gelten:

Zum einen: Es ist aus und vorbei mit jedem Versuch einer Landesregierung, die Unterrichtsverpflichtung zu erhöhen. Vielmehr werden die Karten für zeitliche Entlastungen der Lehrerinnen und Lehrer jetzt neu gemischt.

Zum anderen: Die GEW sollte in allen Bundesländern darauf dringen, die derzeit geltenden Arbeitszeitverordnungen für Lehrkräfte zu überprüfen, weil diese in allen Ländern nicht auf belastbaren empirischen Daten beruhen.

Die GEW Niedersachsen will die Auswertung der Göttinger Untersuchung in die vom Kultusministerium einberufene Arbeitskommission einbringen. Auf der Basis gesicherter empirischer Daten soll das Gremium die Arbeitszeitregelung der Lehrkräfte überprüfen und Vorschläge machen, wie eine neue Arbeitszeitverordnung für Schulen rechtssicher zu gestalten wäre.

Eberhard Brandt,
Vorsitzender der GEW Niedersachsen

Neue Methodik

1. Exakte Zeiterfassung

Methodisch neu ist das zeitnahe minutengenaue Festhalten der Arbeitszeit, die die Lehrkräfte in ihr Tablet, ihren PC oder ihr Smartphone eingeben konnten. Ältere Studien, die noch nicht über diese technischen Möglichkeiten verfügten, beruhten in der Regel auf Umfragen und zeitlichen Schätzungen.

2. Ein Schuljahr in Daten

Die Daten eines ganzen Schuljahres sind gesammelt und ausgewertet worden. Ältere Erhebungen basierten demgegenüber entweder auf einer einmaligen Befragung oder einer groben Zeiterfassung der Lehrerarbeit während eines kurzen Zeitraums, hochgerechnet auf ein ganzes Schuljahr.

3. Tätigkeiten genau zugeordnet

Die Göttinger Forscher haben die Tätigkeiten der Lehrkräfte in 20 Tätigkeitskategorien eingeteilt. Ein derart präzises System, alle Arbeitsbereiche in den Blick zu nehmen und auszuwerten, hat es vorher noch nicht gegeben.

4. Qualitätskontrolle

Innovativ ist auch die intensive Rückkopplung und Plausibilitätskontrolle zwischen den an der Studie beteiligten Akteuren. E.B.

Ergebnisbericht und ausführliche Informationen siehe Website der GEW Niedersachsen:
www.gew-niedersachsen.de

Skepsis bleibt

// Freiberufliche Lehrkräfte, die in Integrationskursen Deutsch unterrichten, sollen mehr Geld bekommen, die Honorarsätze von 23 auf 35 Euro pro Unterrichtseinheit steigen. Ist das der Durchbruch nach jahrelangem Kampf? //

Susanne Schmidt-Lossau atmet auf: „Manche können jetzt ihre mörderisch hohe Wochenarbeitszeit von bis zu 70 Stunden runterfahren.“ Auch seien viele Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache (DaF) künftig nicht mehr gezwungen, Schulden zu machen oder die Urlaubszeit durchzuarbeiten, so Schmidt-Lossau. Seit 2009 arbeitet sie in Stuttgart als selbstständige Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache (DaZ), unterrichtet Menschen aus Rumänien, der Ukraine oder Eritrea.

Hintertürchen

Erhalten freiberufliche Lehrkräfte in den Integrationskursen jetzt tatsächlich mehr Geld? Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zahlt den Trägern zwar seit dem 1. Juli eine höhere Pauschale pro Kursteilnehmer und Unterrichtseinheit – statt 3,10 jetzt 3,90 Euro. Mit diesem Geld soll die Honoraraufstockung finanziert werden. DaF-Lehrkräfte mit 25 Unterrichtswochenstunden kämen dann laut GEW-Berechnungen auf ein Bruttoeinkommen von 2 400 Euro. „Doch viele Kursträger geben die Zuwächse nicht an die Dozentinnen und Dozenten weiter“, berichtet Schmidt-Lossau. Schuld sei ein „Hintertürchen“, das das BAMF den Kursträgern offen gelassen hat: Wer die Honorare nicht erhöhe, müsse künftig jährlich seine BAMF-Zulassung beantragen – anstatt alle fünf Jahre. „Das werden viele in Kauf nehmen“, fürchtet Miriam Herrmann, DaF-Lehrerin in München, die viele Jahre für höhere Honorare und bessere Arbeitsbedingungen gestritten hat.
Auch Ulrich Aengenvoort, Direktor des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV), größter Anbieter von Integrationskursen, ist skeptisch. Er sieht ein „deutliches Missverhältnis“ zwischen der Erhöhung der Trägerpauschale (plus 25 Prozent) und der angekündigten Anhebung der Lehrkräftehonorare (plus 52 Prozent). Die Kosten der Träger seien „nur bei hohen Teilnehmerzahlen gedeckt, die aber in einigen Regionen nicht erreicht werden“, so Aengenvoort. Er fordert ebenso wie die GEW, die Teilnehmerpauschale abermals zu erhöhen – und zwar auf 4,40 Euro.

Schule lockt mit Anstellung

Doch wie gelang es, dem BAMF die Aufstockung der Gelder abzutrotzen? „Ich vermute, der gestiegene Bedarf durch die hohen Flüchtlingszahlen war ausschlaggebend“, so DaF-Lehrerin Herrmann, die inzwischen an einer Münchner Schule für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge angestellt ist. Das neue Integrationsgesetz der Bundesregierung (s. E&W 7-8/2016) sieht unter anderem vor, die Zahl der Sprachkurse für Geflüchtete drastisch zu erhöhen. Entsprechend stieg die Nachfrage nach DaF-/DaZ-Lehrkräften. Diese werden inzwischen auch von Schulen umworben. „In den vergangenen beiden Jahren sollen nach offiziellen Schätzungen 325 000 geflüchtete Kinder im Schulalter nach Deutschland gekommen sein“, berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung. In Schulen winken – im Vergleich zu den Honorarverträgen bei den freien Trägern – attraktivere Festanstellungen. Der Norddeutsche Rundfunk stellte fest: „Flüchtlingen Deutsch beizubringen, ist wichtiger denn je, aber die Bezahlung von Lehrern an Volkshochschulen ist zu schlecht. Es gibt kaum Kräfte.“
Die freiberuflichen Lehrkräfte sahen ihre Stunde gekommen. Am 28. Juni demonstrierten Kölner DaF-/DaZ-Lehrkräfte vor dem Rathaus der Domstadt – und forderten höhere Honorare. Zwei Tage später streikten Frauen und Männer, die an der VHS Frankfurt am Main Deutsch für Geflüchtete unterrichten. Alle verlangten höhere Honorare; doch sie sehen sich auch jetzt längst noch nicht am Ziel. Selbst wenn die Honorare auf 35 Euro pro Unterrichtseinheit hochklettern, sei dies „nur die halbe Miete im Vergleich zum gesicherten Lebensstandard einer angestellten Lehrkraft an einer staatlichen Schule“, betont Schmidt-Lossau. Zudem: Selbstständige DaF-/DaZ-Lehrkräfte erhalten weiterhin kein Honorar, wenn sie krank sind. Und die Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung müssen sie weiter zu 100 Prozent selbst aufbringen.

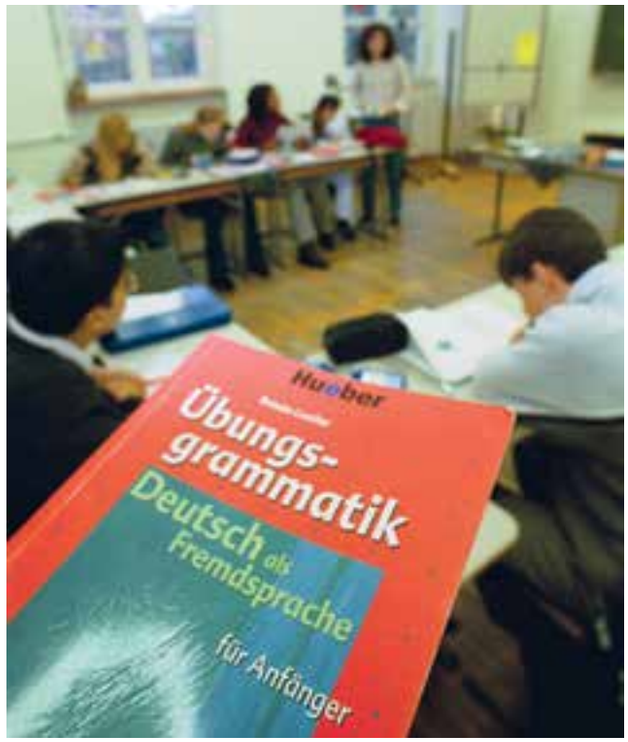


Foto: imago

Der Bedarf an Integrationskursen ist zurzeit groß, ebenso der an Lehrkräften, die Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache unterrichten. Das Honorar der Lehrkräfte wird jetzt endlich aufgestockt. Also alles in Butter? Nein, die Honorarlehrkräfte sehen sich noch längst nicht am Ziel.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Foto: Kay Herschelmann

ANSGAR KLINGER

Ziel: Festanstellung

Wer Integrationsarbeit leistet, verdient Besseres als ein Einkommen auf Hartz-IV-Niveau. Das hat die GEW mit Blick auf die Honorarlehrkräfte, die Integrationskurse geben, immer wieder klargemacht. Jetzt wurde ein Durchbruch erzielt: Das Bundesinnenministerium (BMI) hat im Juli mitgeteilt, es wolle die Mindestvergütung der Integrationslehrkräfte von 23 auf 35 Euro pro Unterrichtseinheit anheben (s. S. 27). Die GEW hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) aufgefordert, die angekündigte Erhöhung so schnell wie möglich umzusetzen. Der lange Kampf der GEW gegen die miserable Bezahlung der Integrationslehrkräfte und deren prekäre Beschäftigung hat sich endlich gelohnt: Klagen vor Arbeitsgerichten gegen die Scheinselbstständigkeit, Schwarzbücher, in denen die skandalösen Arbeitsbedingungen dokumentiert sind, Runde Tische mit Verantwortlichen aus Politik und Wissenschaft in Berlin u. v. m. Es ist der GEW gelungen, die Öffentlichkeit auf die desaströsen Arbeitsverhältnisse der Honorarlehrkräfte aufmerksam zu machen, viele Fraktions- und Parteienvertreter für eine gemeinsame Strategie zu gewinnen und dafür auch die großen Trägerverbände in einem Bündnis zu vereinen: Für eine angemessene Kostenerstattung pro Kursteilnehmer, um die Honorarsätze zu erhöhen – und mit der Perspektive, die Beschäftigten fest anzustellen und tariflich zu entlohnen.

Der Stein kam jetzt durch das neue Integrationsgesetz ins Rollen (s. E&W 7-8/2016), mit dem die Bundesregierung entschied, Zugewanderte zur Teilnahme an einem Integrationskurs zu verpflichten. Nun ist sie gezwungen, dafür auch die Voraussetzungen zu schaffen, also ausreichend Plätze und qualifizierte Lehrende bereitzustellen. Eine gewaltige Aufgabe. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geht dieses Jahr von 450 000 Frauen und Männern aus, die Integrationskurse besuchen – das Zweieinhalbfache der Teilnehmerzahl aus dem Vorjahr.

Für die Lehrkräfte ist zunächst relevant, dass das neue Mindesthonorar auch tatsächlich bei ihnen ankommt. Und dass es sich als „echte“ Honorarunter- und nicht als „faktische“ Obergrenze erweist. Jetzt sind BMI und BAMF am Zug: Sie müssen durchsetzen, dass nach der höheren Kursteilnehmerpauschale auch das Honorar der Lehrkräfte aufgestockt wird. Den Trägern ein „Schlupfloch“ über die sogenannte „einjährige Trägerzulassung“ zu ermöglichen, um die neue Honoraruntergrenze zu vermeiden, ist kontraproduktiv.

Als ebenso pragmatisch klug wie vorausschauend erweisen sich die GEW-Beschlüsse zur Beschäftigung der Lehrkräfte in der Weiterbildung: Danach sind Integrationslehrkräfte grundsätzlich fest anzustellen und – am Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) orientiert – nach TVöD-Entgeltgruppe 11 zu entlohnen. Das heißt aber, dass der Kostenerstattungssatz pro Teilnehmer auf 4,40 Euro steigen muss. Die Träger wären gut beraten, jetzt mit Festanstellungen zu beginnen.

Generell gilt: Die sogenannte „freie Mitarbeit“ in der Weiterbildung – nicht nur in den Integrationskursen – ist in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu überführen, wenn eine Honorarlehrkraft ihren Lebensunterhalt überwiegend mit dieser Tätigkeit bestreitet. Solange das nicht der Fall ist und eine Honorartätigkeit weiter besteht, muss diese mit Sätzen vergütet werden, die sicherstellen, dass das Einkommen dem einer vergleichbaren Lehrkraft in tariflicher Anstellung entspricht. Als untere Grenze gilt ein Honorarsatz, der sich nach dem Mindestlohntarifvertrag für die Weiterbildung ergibt – aktuell: zirka 36 Euro pro Unterrichtsstunde.

Wer das gewerkschaftliche Ziel der Festanstellung zu angemessenen Bedingungen der Lehrkräfte in der Weiterbildung im Auge behält, wird sich mit der GEW weiter dafür einsetzen. Die Bildungsgewerkschaft hält Kurs.

Ansgar Klinger,
GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung/Weiterbildung

Asyl: Vorurteil und Fakt

// Nicht nur in rechten Internetforen und unter Sympathisanten der „Alternative für Deutschland“ (AfD), sondern bis in die bürgerliche Mitte hinein kursieren viele – zum Teil hasserfüllte – Klischeevorstellungen und Stereotype über geflüchtete Menschen. So kommt es zu Behauptungen, die häufig auf Ressentiments und Nichtwissen basieren und sich unhinterfragt verbreiten – nicht nur im Netz. Das soll nicht so bleiben. In der September-Ausgabe setzt die E&W-Redaktion die Serie „Vorurteil und Fakt“ fort. //

„Ein dicht besiedeltes Land wie Deutschland kann sich so viele Flüchtlinge nicht leisten.“

Im Jahr 2013 lebten 80,8 Millionen Menschen in Deutschland, je nach Ausmaß der Zuwanderung werden es im Jahre 2060 zwischen 67,6 und 73,1 Millionen sein. Dann werden nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zwischen 22 und 23 Millionen Menschen 65 Jahre oder älter sein.

- Trotz der Zuwanderung wird die Bevölkerung also stark abnehmen.
- Zuwanderung ist schon deshalb nötig, um den Kollaps der Rentensysteme zu verhindern.

Christoph Ruf,
freier Journalist

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD
0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst
www.kredite-fuer-beamte.de
oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Rate bis 50% senken
Baufinanzierungen nicht gewollt
0800 - 1000 500 Free Call
Seit über 35 Jahren.
Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 60.000 €
Laufzeit 45 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.157,09 €
www.Autokredit.center
AK FINANZ
www.AK-Finanz.de
Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker

„Menschen wählen rechte Parteien aus Angst“

// „Ressentiments und Hass entstehen vor allem dort, wo keine oder kaum Begegnung mit dem Unbekannten stattfindet“, sagt Professor Christian Höppner, Musiker und Präsident des Deutschen Kulturrats, im Interview. Der Kulturrat ist Bündnispartner in der „Allianz für Weltoffenheit“* (s. E&W 7-8/2016). Mit dem Gespräch setzt die E&W-Redaktion die Serie über Themen der „Allianz“ fort. //

E&W: Herr Höppner, es heißt, Musik verbinde Welten. Ist es für einen Musiker leichter, weltoffen zu sein?

Christian Höppner: Nein, diese Behauptung wäre vermessen. Sicher, Musik kann, wie kaum eine andere Kunst, Menschen ganz unmittelbar erreichen. Das heißt aber nicht, dass sie zu guten und weltoffenen Menschen erzieht, denn sie hat auch einen Januskopf: Musik kann eine sehr starke manipulative Kraft haben, wie wir aus Diktaturen wissen.

E&W: Was bedeutet Weltoffenheit für Sie im Alltag?

Höppner: Das ist für mich der neugierige Blick auf das, was ich noch nicht kenne. Kinder können das besonders gut, weil sie ganz unbefangen an Neues herangehen. Erwachsene haben das häufig verlernt, können sich aber ein Stück von dieser Weltoffenheit wieder zurückholen.

E&W: Wie geht das?

Höppner: Ich glaube, das hat wieder mit den Erfahrungen in der eigenen Kindheit zu tun. Der Philosoph Karl Jaspers hat einmal sehr treffend formuliert: „Heimat ist für mich da, wo ich verstehe und wo ich verstanden werde.“ Genau diese Erfahrung habe ich gemacht, nämlich von der Familie und Umwelt so angenommen zu werden, wie ich bin. Dieses Gefühl, dazuzugehören, kann einen sehr weit tragen – und macht es leicht, Neuem unvoreingenommen zu begegnen.

E&W: Was heißt Weltoffenheit für Sie in der Musik?

Höppner: Ich bin zum einen verwurzelt in einer ganz bestimmten musikalischen Tradition. Auf der anderen Seite lebt die Kultur davon, Fremdes zu erleben und für sich zu nutzen.

E&W: Zum Beispiel?

Höppner: Der Musikrat hat die türkische Langhalslaute (Bağlama), das zentrale Instrument sowohl in der türkischen Kunstmusik als auch in der Volksmusik, beim Wettbewerb „Jugend musiziert“ eingeführt. Dieser Prozess hat mehr als zehn Jahre gedauert und war von heftigen Auseinandersetzungen geprägt. Dahinter stand nicht die inhaltliche Frage, ob das Instrument überhaupt zum Wettbewerb passt. Es ging im Kern um Verlustängste.

Foto: imago

Christian Höppner

E&W: Warum sollte man Angst vor einem fremden Instrument haben?

Höppner: Jemand fragte zum Beispiel: „Sollen wir jetzt die Geige abschaffen?“ Ein anderer Landesverband argumentierte: „In unserem Bundesland gibt es fast keine Türken.“ Das hört sich jetzt vielleicht – bezogen auf Musikinstrumente – ein bisschen absurd an. Aber was wir erlebt haben, ist ein ganz klassischer Angstmechanismus, den es in allen gesellschaftlichen Bereichen gibt. Menschen wählen auch rechte Parteien, weil sie Angst haben und verunsichert sind. Erstaunlicherweise findet das vor allem dort statt, wo nur wenige Menschen aus anderen Kulturkreisen leben.

E&W: Sie meinen Ostdeutschland. Aber greift es nicht zu kurz, immer auf die neuen Bundesländer zu zeigen, wenn es um Fremdenfeindlichkeit geht?

Höppner: Fremdenfeindlichkeit findet überall statt. Aber wir können andererseits nicht ignorieren, dass Ressentiments und Hass vor allem dort entstehen, wo keine oder kaum Begegnung mit dem Unbekannten stattfindet.

E&W: Kann der Kulturrat mit Bündnissen wie der „Allianz für Weltoffenheit“ solche Leute überhaupt erreichen? Oder sprechen Sie vor allem jene an, die sowieso auf Ihrer Seite sind?

Höppner: Mit dem Bündnis werden wir sicher nicht diejenigen erreichen, die anonym mit Hass-Mails gegen Flüchtlinge hetzen. Aber das macht unser Engagement nicht obsolet. Öffentliche Zeichen sind wichtig. Gleichzeitig brauchen wir viel Beharrlichkeit. Da wären wir wieder bei der türkischen Langhalslaute: Wir haben sie bei „Jugend musiziert“ durchgesetzt, weil wir am Ball geblieben sind, argumentiert und gestritten haben.

E&W: An den Schulen werden viele Instrumente angeboten, aber Instrumente aus anderen Kulturräumen gibt es kaum. Warum?

Höppner: Das stimmt nicht ganz. In den vergangenen fünf Jahren hat sich das Angebot beispielsweise in den kommunalen Musikschulen stark verbessert, etwa durch Instrumente aus dem persischen Raum. Das Bewusstsein, auch im Musikunterricht einen transkulturellen Dialog zu führen, ist gewachsen. Auch hier sind wir schon weltoffener geworden.

E&W: Wie sieht es im Bildungssystem aus? Können Kitas und Schulen Kindern Weltoffenheit vermitteln?

Höppner: Ja, sie sollten vor allem die ganz natürliche Neugier der Kinder fördern. Leider kommt das in unserem Bildungssystem viel zu kurz, obwohl es

aus meiner Sicht ein ganz zentraler Erziehungsauftrag wäre. Wir kultivieren stattdessen den Nürnberger Trichter – und gehen von der falschen Annahme aus, dass Kinder viel lernen, wenn wir nur möglichst viel in sie hineinstopfen.

E&W: Was machen Kitas und Schulen aus Ihrer Sicht falsch?

Höppner: Ich will das gar nicht den Erzieherinnen und Lehrkräften allein anlasten. Da läuft etwas grundsätzlich falsch in unserer Gesellschaft. Wissen wird angehäuft, anstatt das Leben zu lernen. Wenn Sie in einer Kita die Eltern fragen würden, ob sie musikalische Früherziehung oder einen Chinesisch-Kurs für ihre Kinder möchten, dann wählen diese immer öfter Letzteres. Viele Eltern haben permanent Angst, dass ihre Kinder etwas verpassen und sie deshalb später schlechtere Startchancen haben. Und da wären wir schon wieder beim Thema Ängste ...

E&W: Sie sind als Musiker weltweit unterwegs: Sind die Ängste vor Veränderungen und dem Fremden etwas typisch Deutsches?

Höppner: Diese Ängste sind in unserem Land schon sehr stark ausgeprägt. Vielleicht fehlt uns die Balance zwischen Gelassenheit und der Fähigkeit, sich mit den eigenen Ängsten auseinanderzusetzen. Wir packen sie lieber in Gefäße und halten sie unter Verschluss.

E&W: Ist Deutschland trotzdem noch ein weltoffenes Land?

Höppner: Ja, auch wenn wir über das „Wie" der Zuwanderung streiten. Streit ist wichtig für eine Demokratie. Aber mir macht Sorge, dass beispielsweise die physische und verbale Gewalt im öffentlichen Raum zunimmt. Da bricht sich eine Verrohung Bahn, die ich so vorher nicht kannte. Es gibt Regionen, in denen Fremde ausgegrenzt und beschimpft werden. Wir sind leider dabei, wesentliche Elemente unserer Demokratie zu gefährden.

Interview: Katja Irle,
freie Journalistin

***Unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar" hat sich Anfang des Jahres eine „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt" gebildet. Die DGB-Gewerkschaften sind Mitglied der Allianz.**
Das Bündnis ist im Sommer von einem Netzwerk von beruflich mit EU-Themen befassten Mitgliedern der überparteilichen Europa-Union Deutschland wegen des herausragenden bürgerschaftlichen Engagements für die „Europa Lilie" nominiert worden – ein Preis, der seit 2011 jährlich verliehen wird.

Gymnasiale Inklusion

// DGB-Chef Reiner Hoffmann ging mit den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften in diesem Sommer erstmals auf Deutschlandtour. Auf dem Reiseprogramm: unter anderem das Kölner Polizeipräsidium, die Bayer AG in Leverkusen, ein Schlachthof, ein Bauunternehmen, der DHL-Hub in Leipzig – und das Geschwister-Scholl-Gymnasium in Pulheim. //

Foto: Uwe Völkner, Fotoagentur FOX

Mit dem DGB auf Sommertour: GEW-Vorsitzende Marlis Tepe (2. v. l.) zu Besuch im inklusiven Gymnasium „Geschwister-Scholl-Schule“ in Pulheim bei Köln.

Eine Woche lang waren die Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften zwischen Köln und Braunschweig unterwegs, um sich innovative Arbeitsplätze und -projekte anzusehen und mit den Beschäftigten, Betriebs- und Personalräten, aber auch Arbeitgebervertretern zu sprechen. Mit dabei: GEW-Vorsitzende Marlis Tepe.

Pädagogischer Höhepunkt der Reise war der Besuch des Geschwister-Scholl-Gymnasiums (GSG) in Pulheim bei Köln. Als erstes Gymnasium bundesweit ist es gerade mit dem Jakob-Muth-Preis für inklusive Schulen ausgezeichnet worden. Schulleiter Andreas Niessen sah darin eine Wertschätzung gegenüber den vielen Aktiven, die mithelfen, gemeinsames Lernen an einem Gymnasium zu realisieren: „Lehrkräfte, Sonderpädagogen, Schulbegleiter und Integrationshelferinnen sowie die Mitglieder des schulischen Beratungsteams, aber auch Eltern, Schülerinnen und Schüler.“

Dass hier viele Engagierte an einem Strang ziehen, stieß auch bei den Gewerkschaftsgästen auf Anerkennung. Während gemeinsamer Unterricht aller Kinder an Grundschulen zunehmend selbstverständlich wird, haben sich bislang nur wenige Gymnasien dem inklusiven Lernen geöffnet. Auch am GSG blieb für Kinder mit Förderbedarf lange die Tür verschlossen. „So ein Kind gehört nicht an diese Schule.“ Der Satz eines Vaters brachte vor drei Jahren das Fass zum Überlaufen, erzählt eine Pädagogin. Mittlerweile wird am GSG in drei Klassen gemeinsam gelernt. Und jedes Jahr kommt eine weitere hinzu. „In erster Linie sind wir eine Schule und dann ein Gymnasium. Das ist unsere Grundhaltung zur Inklusion“, sagt Schulleiter Niessen.

Differenzierte Angebote

GEW-Chefin Tepe lobte den Ansatz, Vielfalt als Chance zu sehen: „Es geschieht leider noch sehr selten, dass sich Gymnasien für Inklusion engagieren.“ Sie interessierte sich nicht zuletzt für die Faktoren, die den Erfolg hier möglich gemacht haben. Ein multiprofessionelles Team, eine durchdachte Personalplanung und entsprechende Räumlichkeiten nennt Niessen als Voraussetzungen, wenn gemeinsames Lernen gelingen soll. „Als sechszügige Schule mit 1 550 Schülerinnen und Schülern müssen wir uns nicht auf einen bestimmten Zweig konzentrieren. Wir können einer heterogenen Schülerschaft differenzierte Angebote machen.“ So erhalten etwa Kinder mit Förderbedarf – parallel zur Einführung der zweiten Fremdsprache in der 6. Regelklasse – praktischen Unterricht in einem nahegelegenen Jugendzentrum.

165 Erwachsene kümmern sich um die Kinder und Jugendlichen. Eine Regelschullehrkraft und eine Sonderpädagogin unterrichten die Inklusionsklassen im Team. Doppelstunden geben den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, im selbstbestimmten Tempo frei von Zeitdruck zu lernen. Eltern sowie ältere Mädchen und Jungen stehen ihnen als Schul- und Lernbegleiter zur Seite. „Am Ende kommt es nicht darauf an, ob wir alle bis zum Schluss mitnehmen“, ist eine Lehrerin überzeugt. „Wichtiger ist, dass wir jedem Kind helfen, seinen Weg zu finden. Und dass die Heranwachsenden wissen, sie werden nicht allein gelassen, wenn einmal Probleme auftauchen.“ Regelmäßige Supervisionen der Klassenteams mit einer Mitarbeiterin des schulpsychologischen Dienstes entlasten deren Mitglieder, beugen Burnout und Erschöpfung vor und helfen, die Teamstrukturen an der Schule weiterzuentwickeln.

Exemplarisch macht „Hermines Buchclub“ den pädagogischen Ansatz des Gymnasiums deutlich. Die Schulbibliothek ist Lern- und Rückzugsort. Schülerinnen und Schüler organisieren und

leiten die an Unterrichtstagen jeweils sechs Stunden geöffnete Bibliothek mit 20 000 Medien weitgehend selbst. Viele Tätigkeiten übernehmen hier auch Kinder mit Förderbedarf, erfuhr die GEW-Vorsitzende von einer Betreuerin. Die Mithilfe soll ihr Selbstbewusstsein stärken und ihnen zusätzliche Kompetenzen vermitteln. „Integration ist mehr als die Aufnahme von Schülern mit Förderbedarf“, betonte Tepe. „Sie muss auch praktisch gelebt werden.“ Ein wichtiger Rückzugsort ist zudem das „Casa-la“ – die Räume der Jugendhilfe. Diese sind für alle Kinder zwischen neun und 16 Uhr geöffnet. Es gibt bequeme Sofas, um einfach abzuhängen oder mit anderen zu spielen, frei von Noten und Bewertungen. Vor allem finden die Mädchen und Jungen immer einen Erwachsenen, mit dem sie, wenn sie wollen, reden können.

Das weitgefasste Inklusionsverständnis des Pulheimer Gymnasiums zeigt sich auch bei den beiden Willkommensklassen. Oberstufenschülerinnen und -schüler unterstützen geflüchtete Kinder beim Deutsch lernen, engagieren sich in ihren Freistunden in den Sprachkursen, üben mit den neu Angekommenen praktische Alltagssituationen ein. Die geflüchteten Mädchen und Jungen sollen möglichst schnell in Regelklassen wechseln können und rasch sozialen Anschluss an Gleichaltrige finden. Besonders leicht geht das in Fächern wie Sport, Musik oder Kunst.

Ansatz überzeugt

Was es im Alltag heißt, fast alle Kinder an „gymnasialer Bildung“ teilhaben zu lassen, konnten die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bei ihrem Besuch in Pulheim unmittelbar erleben. Der pädagogische Ansatz des GSG überzeugte in der Praxis: Ob alle Kinder von der Inklusion profitieren, wurde aus den Reihen der Gewerkschaftsvorsitzenden nachgefragt. „Auch unter den Kindern mit ‚gymnasialer Eignung‘ gibt es welche mit Verhaltensauffälligkeiten, die Hilfe und Unterstützung brauchen“, antwortete eine Sozialpädagogin. „Es sind doch zuallererst immer Kinder. Auch nichtbehinderte Mädchen und Jungen ziehen Nutzen aus dem, was andere Kinder mit Förderbedarf bekommen.“

Norbert Glaser,
freier Journalist

Weitere Informationen zum Geschwister-Scholl-Gymnasium:
http://gsg.intercoaster.de
https://www.youtube.com/watch?v=FZjXgU1KTfg

*Globe Scan 2015

Du entscheidest mit jedem Einkauf, ob gute Arbeit gerecht bezahlt wird. Kauf gezielt Produkte mit dem Siegel. Fairtrade-Kaffee ist immer zu 100 % fair gehandelt. Weniger kommt uns nicht in die Tüte. **www.fairtrade-deutschland.de**
Mit über 3.000 Produkten und einer Bekanntheit von 83 Prozent* bietet FAIRTRADE die beste Orientierung für nachhaltigen Konsum.

100% FAIRTRADE KAFFEE KLEINE BOHNE GROSSE WIRKUNG

„Jedes Kind will lernen“

// Alle sind willkommen. Und: Im Mittelpunkt der pädagogischen Aktivitäten steht der individuelle Lernweg des Kindes. Das sind zwei Kernaussagen aus dem Leitbild der Grundschule auf dem Süsteresch* im niedersächsischen Schüttorf. Zudem: Die 265 Schülerinnen und Schüler lernen dort früh, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Für ihr Reformkonzept hat die Schule jetzt den Deutschen Schulpreis 2016 gewonnen. //

Kurz vor Beginn der Sommerferien wird es noch einmal hektisch an der nur ein paar Kilometer vor der niederländischen Grenze gelegenen offenen Ganztagsschule. Wenige Tage zuvor haben die Robert Bosch Stiftung und die Heidehof Stiftung verkündet, dass die Grundschule auf dem Süsteresch Hauptpreisträger des Deutschen Schulpreises geworden ist. Unter anderem lobt die Jury die „vorbildhaften Anregungen für ein interessengeleitetes, selbstverantwortliches Lernen“ und die „beeindruckende Schulatmosphäre“. Nun gehen Journalisten und andere Interessierte ein und aus, um sich ein Bild davon zu machen, was diesen Lernort so besonders macht. Auch heute ist ein Kamerateam da, um einen Beitrag für einen der großen privaten Fernsehsender zu drehen. Schulleiter Heinrich Brinker hat schon mehr als 500 Glückwunschmails aus dem ganzen Land erhalten und jede einzelne beantwortet. „Es ist für uns unvorstellbar, dass wir den Preis tatsächlich gewonnen haben“, sagt der 58-Jährige. „Wir waren so sehr in die schulinterne Entwicklung vertieft, dass wir gar nicht realisiert haben, wie weit wir schon sind.“

Großes Thema Inklusion

Angefangen hat alles vor zwölf Jahren, als die Schule zum ersten Mal ein Kind mit Down-Syndrom aufnahm. Plötzlich war die Inklusion ein großes Thema in Schüttorf – und mit ihr die Frage, wie eine Schule auszusehen hat, damit sie jedes Kind seinen Fähigkeiten entsprechend bestmöglich fördern kann. „Unsere Gesellschaft ist bunt und heterogen“, betont Brinker, „und das sind auch unsere Schülerinnen und Schüler. Wenn wir hier eine Zwangshomogenisierung durchsetzten, würden wir keinem Kind gerecht.“ Zusammen mit seinem Team stieß er einen Prozess an, in dessen Verlauf die Lehrerinnen und Lehrer einen Rollenwechsel vollzogen haben: weg von der frontal unterrichtenden Lehrkraft hin zur Lernbegleitung, die unterstützt und beobachtet, wo jedes einzelne Kind steht. Während manche dem Lehrplan schon weit voraus sind und weitgehend eigenverantwortlich lernen, bleibt mehr Zeit für diejenigen, die eine intensivere Begleitung benötigen.

Jeden Morgen besprechen die Lehrkräfte und ihre Klassen gemeinsam die nächsten Lernschritte. Ein wesentlicher Bestandteil des Konzepts ist, dass die Jungen und Mädchen in der täglichen Selbstlernzeit mit frei gewählten Materialien an eigenen Geschichten, Gedichten, Briefen, Sachtexten oder Präsentationen arbeiten. Dafür stehen ihnen zusätzlich zu den normalen Klassenräumen auch diverse „Lernateliers“ zur Verfügung: neben einer gut ausgestatteten Bücherei unter anderem zwei Computerräume, ein Musik- und Bewegungsraum, ein Tonstudio sowie ein Forscherlabor, in dem sie sich anhand von 92 „Forscherkisten“ mit unterschiedlichen Tierarten, Naturwis-

Foto: Anne-Katrin Wehrmann

Selbstlernen wird in der Grundschule auf dem Süsteresch im niedersächsischen Schüttorf großgeschrieben. Dafür stehen den Schülerinnen und Schülern Lernateliers, u. a. zwei Computerräume, zur Verfügung.

senschaften oder geschichtlichen Ereignissen beschäftigen können. Praktisch alle Materialien, die zum Lernen genutzt werden, haben die Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeiterinnen im schulinternen Arbeitskreis „Grundschule im Wandel“ selbst erarbeitet.

„Jedes Kind will lernen“, ist Brinker überzeugt, „weil jedes Kind gut sein und Anerkennung bekommen möchte.“ Beim Gang durch die Schule wird deutlich, was auch im Leitbild festgeschrieben steht: Die Kommunikation basiert hier auf Wertschätzung und Verständnis. Leon zum Beispiel holt sich beim Schulleiter gerade seinen persönlichen Geburtstagsglückwunsch ab und schenkt ihm im Gegenzug einen Muffin, ein anderer Junge bietet im Vorbeigehen eine kleine blaue Sammelfigur zum Tausch an. „Wir nehmen uns die Zeit, Zugang zu den Kindern zu finden“, sagt Brinker. „Dabei blühen die Schülerinnen und Schüler richtig auf – und wir bekommen den Lohn für unsere Arbeit.“ Am Anfang habe er die Dinge zu schnell ändern wollen und dabei versäumt, das gesamte Kollegium mitzunehmen, räumt er ein. Mittlerweile trügen aber alle den neuen Kurs mit und hätten sich voll und ganz darauf eingelassen. Dass das Ganze auch nach klassischen Leistungskriterien funktioniert, wird unter anderem an der jüngsten VERA-Erhebung deutlich: Die Schule schnitt dabei weit über Landesdurchschnitt ab.

„Super Stimmung“

Unterdessen lassen sich die Schülerinnen und Schüler nicht von dem Rummel beeindrucken, der nach dem Gewinn des Schulpreises eingesetzt hat. Wie an jedem Morgen machen sie sich bei der Frühgymnastik im Atrium für den Start in den Schultag locker, bevor sie sich zur Lagebesprechung in ihren Klassenräumen treffen und sich dann an ihre eigenen Projekte setzen. In der großen Pause geht an diesem Tag die Radio AG mit dem Schulradio „Klimperkasten“ live auf Sendung. Die Programmauswahl lag so kurz vor den Ferien auf der Hand: Diesmal dreht sich alles um die Verabschiedung der Viertklässler. Vor dem Mikrofon im Aufnahmestudio lesen die kleinen Radiomacher Aussagen vor, die sie im Vorfeld bei ihren Mitschülern eingesammelt haben. „Ich wünsche euch, dass ihr an eurer neuen Schule Spaß habt und glücklich seid“, heißt es da. Aber auch: „Dass ihr uns ein bisschen vermisst.“ Ein Mädchen aus der vierten Klasse bedauert, dass die Zeit „an der besten Schule Deutschlands“ schon vorbei ist und bedankt sich „für die schönste Zeit meines Lebens“.

Doch nicht nur die Kinder fühlen sich wohl auf dem Süsteresch. „Wir haben eine super Stimmung im Kollegium“, berichtet Konrektorin Heike Draber. „Wir sind hier mehr als ein Team, eher wie eine große Familie. Anders ginge das alles auch gar nicht.“ Als Lehrkraft mache es viel Spaß zu sehen, wie motiviert die Schülerinnen und Schüler seien, weil sie an ihren eigenen Interessen und Schwerpunkten arbeiten dürfen: „Die Kinder geben so viel mehr zurück, wenn sie ernst genommen werden.“ Wie ernst sie genommen werden, zeigen auch die zahlreichen Mitbestimmungsrechte, die sie an der Schule haben – sei es im Klassenrat, wo am Ende einer Schulwoche der eigene Lernprozess in der Gemeinschaft reflektiert wird, oder im Schülerparlament. Und selbst die Frage, was mit dem Preisgeld in Höhe von 100 000 Euro geschehen soll, gerät hier zu einer Lektion in Sachen Demokratie. Die Vorschläge der Kinder, die an einer Pinnwand gesammelt werden, reichen von einer Seilbahn über eine Schaukel bis hin zu einem Pizza-Automaten. Am Ende wird sich zeigen, wer die besseren Argumente für sich hat – und wer die Mehrheit überzeugen kann.

Anne-Katrin Wehrmann,
freie Journalistin

*http://suesteresch.de/

Nicht ohne deine Daten

// In Sachsen-Anhalt können Schülerinnen und Schüler nicht mehr die Hilfe der Schulsozialarbeit in Anspruch nehmen, wenn ihre Eltern nicht vorher einen Fragebogen mit persönlichen Daten ausgefüllt haben. //

Vorgaben der Europäischen Union (EU) haben in dem Land zu einer bundesweit einmaligen Situation geführt: Praktisch jeder Junge, jedes Mädchen, der oder das sich ab dem beginnenden neuen Schuljahr an die Schulsozialarbeit seiner Schule wenden will, muss zuvor einen vierseitigen Fragebogen abgeben. Die unausgesprochene Botschaft: Brauchst du Hilfe in schwierigen Lebenslagen? Wir helfen gern, aber nicht ohne deine Daten.

Sonderfall

Schätzungen sprechen von bis zu 70 000 jungen Menschen, die diese Regelung betrifft. Dabei ist Sachsen-Anhalt ein Sonderfall. Anders als viele andere Bundesländer finanziert es Schulsozialarbeit kaum über Landesmittel oder die Kommunen, sondern hauptsächlich über ein Programm namens „Schulerfolg sichern“. Darüber fließen Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) an Freie Träger der Jugendhilfe, die die Sozialarbeit an den Schulen organisieren. Die ESF-Abrechnungsmodalitäten wiederum sehen eine Evaluation vor, um zu überprüfen, ob die Mittel auch zielgerichtet eingesetzt werden. So bleibt dem sachsen-anhaltinischen Bildungsminister Marco Tullner (CDU) keine andere Wahl, als die angeforderten Daten erheben zu lassen. Geschieht das nicht, reichen Sozialarbeiter und ihre Träger die Fragebögen ihrer Schützlinge also nicht ein, droht dem Land der Verlust der EU-Mittel: 118 Millionen Euro über mehrere Jahre verteilt – eine Summe, die Sachsen-Anhalt aus eigener Kraft kaum stemmen kann.

Seit Wochen protestieren GEW, Opposition und Freie Träger der Sozialhilfe gegen diese Praxis. Sozialarbeiter beklagen nicht nur den immensen bürokratischen Aufwand, sondern weisen auch darauf hin, dass dieser die Zugangshürden für junge Menschen drastisch erhöhe und damit Schulsozialarbeit ad absurdum führe. „Wir verprellen unsere Klientel“, warnt Manuela Knabe-Ostheeren von der Liga der Freien Wohlfahrtspflege Sachsen-Anhalt, dem Dachverband der Freien Träger.

Knabe-Ostheeren nennt ein Beispiel: „Wir versuchen unter anderem, Jugendliche anzusprechen, die eventuell die Schule abbrechen wollen. Diese brauchen dringend Unterstützung, die sie von ihren Familien oft nicht bekommen. Nun müssen sie aber gerade ihre Eltern darum bitten, einen Fragebogen auszufüllen, ehe sie Hilfe einholen können. Das ist nicht realistisch, denn viele Mütter und Väter werden persönliche Fragen nicht gern beantworten. Tun sie das nicht, können wir die Jugendlichen aber nicht mehr betreuen.“ Neben allgemeinen Personenangaben, die anonymisiert an die EU übermittelt werden sollen, enthält das Dokument auch Fragen zum Migrationshintergrund, zur Erwerbs- und Familiensituation der Eltern oder zu etwaigen Behinderungen.

Wege aus dem Dilemma

Zwar ist die sogenannte Kenia-Koalition aus CDU, SPD und Grünen erst seit April in Magdeburg an der Regierung, doch schon muss sich der neue Bildungsminister Tullner bei dem von der schwarz-roten Vorgängerregierung geerbten Thema um Schadensbegrenzung bemühen. Seit Wochen verhandeln Ministerium und Träger über Wege aus

Cartoon: Freimut Woessner

Foto: imago

Sachsen-Anhalts Bildungsminister Marco Tullner (CDU)

dem Dilemma. Doch mehr als eine Fristverlängerung, um den bürokratischen Aufwand für die Sozialarbeiter zu strecken, und kleinere Korrekturen am Formular sind wohl nicht drin. „Wir haben uns das nicht ausgedacht, wir sehen keine andere Möglichkeit“, sagt Ministeriumssprecher Stefan Thurmann.

Noch weiß niemand, wie viele Jugendliche sich tatsächlich abschrecken lassen. Aber jeder, der nicht erreicht wird, sei ein Rückschlag für das Land, das seit langem mit erheblichen sozialen Problemen zu kämpfen hat, heißt es aus der GEW Sachsen-Anhalt. Deren Vorsitzende Eva Gerth hat daher, um das Problem kurzfristig vom Tisch zu bekommen, Minister Tullner in einem Brief aufgefordert, „mit den EU-Behörden Vereinbarungen zu schließen, die die geplante Datenerhebung entbehrlich machen“.

„Klare Verhältnisse“

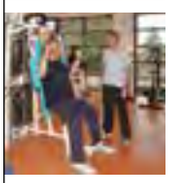
Langfristig plädiert die GEW für einen Paradigmenwechsel. „Die ESF-Programme sind von der EU eigentlich als Ergänzung und nur zur Förderung von Benachteiligten gedacht. Wir verlassen uns aber fast vollständig darauf“, sagt Frank Wolters, GEW-Sekretär in Sachsen-Anhalt. Schulsozialarbeit müsse konsequent präventiv und ganzheitlich orientiert sein. Das bedeute aber, diese Aufgabe über das Land oder die Kommunen zu finanzieren, wie es das Sozialgesetzbuch (SGB) VIII für die Jugendhilfe generell vorsieht.

Norbert Hocke, beim GEW-Hauptvorstand für Jugendhilfe und Sozialarbeit verantwortlich, geht noch weiter. „Die Politik muss im SGB VIII klare Verhältnisse schaffen“, fordert er. Die gegenwärtig auf Bundesebene diskutierte Neufassung des Gesetzes biete dazu eine gute Gelegenheit. Sachsen-Anhalt sei nicht das einzige Land mit sozialen Problemen an Schulen. „Niedersachsen schafft zurzeit 500 Landesstellen für die Schulsozialarbeit, weil es nicht anders geht. Auch Nordrhein-Westfalen stockt die Kapazitäten auf. Das sind gute Ansätze, aber keine langfristigen Lösungen. Die funktionieren nur, wenn auch der Bund sich an den Kosten beteiligt“, stellt Hocke vor allem mit Blick auf finanzschwache Länder wie Sachsen-Anhalt fest.

Sozialarbeit wird seit den 1990er-Jahren verstärkt an den Schulen angeboten. Erst seitdem setzt sich in Wissenschaft und Politik die Erkenntnis durch, dass die sozialen Problemlagen Jugendlicher auch an den Schulen angepackt werden müssen, unabhängig vom und zusätzlich zum normalen Unterricht. „Derzeit haben wir in Deutschland einen Flickenteppich“, sagt Hocke. „Schulsozialarbeit ist aus den Schulen nicht mehr wegzudenken. Wir brauchen sie, um die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen aktiv zu gestalten. Schule allein ist dazu nicht in der Lage.“

Wie alle Themen, bei denen sich Bund und Länder um die Finanzierung streiten, ist auch die notwendige Schulsozialarbeit ein dickes politisches Brett, das da in Berlin und anderswo gebohrt werden muss. Solange das nicht passiert, werden Sachsen-Anhalts Schülerinnen und Schüler weiter Fragebögen ausfüllen müssen.

Felix Knothe,
freier Journalist



... ausgebrannt, erschöpft?

Wir helfen Ihnen Ihr körperlich-seelisches Gleichgewicht wiederzufinden!

Fachbereiche für:
Innere Medizin, Orthopädie und Psychosomatik
Lehrklinik für Ernährungsmedizin

- Anschlussheilbehandlung (AHB)
- beihilfefähig für gesetzliche und private Krankenkassen
- Gesundheitswochen und Spezialprogramme

Wir sind spezialisiert auf:

- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Diabeteseinstellung
- Adipositas/Gewichtsreduktion
- Orthopädische Erkrankungen
- Erschöpfungszustände
- Psychische Begleitreaktionen bei körperlichen Erkrankungen
- Chronische Schmerzsyndrome

MARTHA MARIA
Unternehmen Menschlichkeit

Klinik Hohenfreudenstadt
Zentrum für Prävention & Rehabilitation
Tripsenweg 17 · 72250 Freudenstadt
Telefon: (07441) 534-0
Info@Klinik-Hohenfreudenstadt.de
www.Klinik-Hohenfreudenstadt.de

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Silvester in der Musikstadt Leipzig

4-tägige Musikreise vom 30.12.2016 bis 02.01.2017

ab € 578,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag € 195,- p. P.

Die 9. Sinfonie im Gewandhaus erleben

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter
www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Evaluitis

// Überall wird evaluiert – ist das ansteckend? Offenbar schon! Wo man sich im Bildungsbereich auch umschaut, heißt es: „Das evaluieren wir mal eben.“ Doch was bedeutet Evaluation eigentlich – und was ist nur „Evaluitis“? Mit dieser Frage beschäftigt sich der Schwerpunkt „Schule und Evaluation“* in Heft 2/2016 der Deutschen Schule (DDS), die der GEW-Hauptvorstand herausgibt. //

Evaluation wird „von oben“ gefordert – Bildungsinstitutionen werden zur Fremdevaluation durch Beschlüsse und Verordnungen der Behörden verpflichtet. Und sie wird „von unten“ erwartet: Bildungssuchende bzw. deren Eltern orientieren sich beispielsweise gerne an Rankings etc. Und nicht zuletzt wird Evaluation „von innen“ gewollt: Bildungseinrichtungen verpflichten sich „freiwillig“ zur Selbstevaluation.

Nicht verdient

Doch unter dem Label „Evaluation“ kommt – und nicht nur im Bildungswesen – so manches daher, das diesen Namen nicht unbedingt verdient: Zum Beispiel: Schulprogrammarbeit, Schulinspektionen, Vergleichsarbeiten (VERA z. B.) – Verfahren, die der Überprüfung, der Kontrolle und der Rechenschaftslegung nützen. Doch sie sind deshalb noch lange keine „Evaluation“.

Denn beim Evaluieren – im Sinne des Wortes, aber auch nach Meinung der Fachgesellschaften – geht es gerade nicht nur darum, einen Ist-Zustand festzustellen und seine Entfernung vom angestrebten Soll-Zustand – z. B. einem Bildungsziel – auszuwerten, also: wie weit weg – wie nah dran. Vielmehr geht es ebenso um förderndes (Be-) Werten. „Valere“ (lat.) bedeutet wörtlich „stark sein“, „wert sein“. Evaluieren soll einen Stärke-Stand – etwa geforderter Veränderungen – ermitteln, um danach ein noch besseres Niveau zu erzielen: Das heißt, Evaluationen haben den Zweck herauszufinden, inwieweit der Soll-Zustand – z. B. der Umsetzung von Reformen – schon erreicht worden ist und wie dies künftig noch besser gelingen kann. Nicht zuletzt: Evaluieren soll Schule, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler stark machen.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat die Deutsche Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) 2002 Standards für Evaluationen veröffentlicht, die unter anderem verlangen, deren Qualität zu sichern.

Und noch etwas anderes gilt es zu bedenken: Oft sind die Vorstellungen und Erwartungen, die unterschiedliche Akteure, insbesondere Auftraggeber, mit Evaluationen verbinden, nicht realistisch. Denn von quasi-experimentellen Untersuchungen erhofft man sich den Nachweis einfacher kausaler Zusammenhänge, die so im pädagogischen Feld kaum zu finden sind. Insofern kann man rein quantitative Messverfahren kaum als „echte“ Evaluationen bezeichnen. Über „Werte“ und „Stärken“ – einer Methodik oder eines Schulprogramms etwa – können solche Verfahren inhaltlich nichts aussagen. Denn ohne die Beurteilung der beteiligten Akteure bleiben Befunde leer und wirkungslos.

Sinnvolles Verfahren

Als sinnvoll hingegen erweist sich das Verfahren der Programmevaluation. Eine Überprüfung, die exakt an die Vorgaben eines „Programmes“ anknüpft; das kann ein Schul- oder Jahrgangsprojekt, die Neukonzeption von Unterricht, die Einführung neuer Medien oder einer Willkommensklasse für Flüchtlinge sein. Die Evaluierenden gehen dabei in ihrer Interpretation von den konkreten Absichten und Zielen beispielsweise eines Schulkonzeptes aus. Sie begleiten die Akteure bei der Organisation ihres Verfahrens und können auf konkrete Veränderungen (z. B. andere Teamzusammensetzung, Wegfall von Ressourcen) sofort reagieren, die Anforderungen neu formulieren und das Programm an diese angleichen. Nicht zuletzt können Probleme und Schwierigkeiten, die beispielsweise in Interviews mit den Beteiligten auftauchen, in die Expertise einbezogen und ggf. dem anvisierten Soll-Zustand realistisch angepasst werden (Giel 2013; Pawson/Tilley 2004). Betrachten alle Beteiligten das Evaluieren aus dieser Perspektive, mag die „Ansteckung“ tatsächlich heilsam sein.

Sylvia Schütze,
Leiterin der Geschäftsstelle der DDS

***Abstracts zu den Beiträgen der Deutschen Schule sowie Bestellmöglichkeiten finden Sie unter: www.dds-home.de**

Literaturhinweise und Links:

DeGEval (2002): Standards für Evaluation. Köln: Geschäftsstelle. Mehr Infos: http://www.degeval.de/home/.
Giel, S. (2013): Theoriebasierte Evaluation. Konzepte und methodische Umsetzungen. Münster u. a.
Pawson, R./Tilley, N. (72004): Realistic Evaluation. London u. a.

Foto: GEW Sachsen

Claus Scharschuch

Claus Scharschuch ist tot

// Die GEW trauert um Claus Scharschuch, seit 1990 Gewerkschaftssekretär im Bezirksverband Dresden der GEW Sachsen, der seinen langen Kampf gegen den Krebs am 26. Juli verloren hat. //

Als Lehrer und bereits in der DDR aktiver Gewerkschafter hat Claus den Landesverband Sachsen der GEW mit aus der Taufe gehoben und geprägt. Sein Engagement reichte weit über seinen Bezirksverband und den Landesverband hinaus. Bundesweit bekannt wurde er in der GEW vor allem als Organisator von Streik- und anderen Großkundgebungen sächsischer Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher in der Landeshauptstadt Dresden, die überwiegend seine Handschrift trugen.

Wenn es um unsere – „seine" – GEW ging, war ihm kein Weg zu weit, keine Stunde zu spät, kein Problem zu schwierig zu lösen. Claus war ein Macher. Das hat die Zusammenarbeit spannend gemacht. Er gab Ratschläge, machte Mut, munterte auf, vermittelte und redete, redete, redete … Seine Finger am PC waren oft schneller als unsere Ideen im Kopf. Organisieren war seine Leidenschaft. Irgendwie schaffte er es immer, das Ordnungsamt zu überzeugen, ein Plakat bis gestern drucken zu lassen, bezahlbare Preise auszuhandeln, doch noch einen Raum zu finden … Seine Spuren sind überall. Gedanken an das gemeinsam Erlebte, Texte, Bilder, Plakate werden uns an ihn erinnern. Sie werden uns erheitern und traurig machen. Sie werden uns den im Alter von 63 Jahren viel zu früh verstorbenen Kollegen, dessen Ideenreichtum und Produktivität uns jetzt schon fehlen, nicht vergessen lassen.

Sabine Gerold, ehemalige Landesvorsitzende der GEW Sachsen, Conny Ramm, Vorsitzende des Bezirksverbandes Dresden

+++ Bewerbungsstart 15. September 2016 +++ Bewerbungsstart 15. September 2016 +++ Bewerbungsstart

Geschwister-Scholl-Gymnasium Pulheim, Jakob Muth-Preisträger 2016. Foto: Uffert Engelkes

Jakob Muth-Preis für inklusive Schule

Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen

Deutsche UNESCO-Kommission

Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur

BertelsmannStiftung

Jakob Muth-Preis für inklusive Schule 2017

Ab dem 15. September 2016 können sich allgemein- und berufsbildende Schulen und Verbünde unter **www.jakobmuthpreis.de/bewerbung/** um den Jakob Muth-Preis für inklusive Schule 2017 bewerben.
Projektträger sind die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, die Deutsche UNESCO-Kommission und die Bertelsmann Stiftung.
Bewerben können sich Schulen aller Schularten, -formen und -stufen sowie Schulverbünde in Deutschland.

Es werden drei Einzelschulpreise und ein Verbundspreis verliehen. Die Einzelschulpreise sind mit je 3.000 Euro dotiert, der Verbundspreis mit 5.000 Euro. Außerdem erhalten jede der Preisträgerschulen sowie der ausgezeichnete Verbund die Möglichkeit einer individuell zugeschnittenen Fortbildung oder Lernreise zum „Index für Inklusion" durch die Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft.

Montag Stiftung
Jugend und Gesellschaft

+++ Ab 15. September bewerben auf **www.jakobmuthpreis.de/bewerbung/** +++

Der Skandal an den Füßen

Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“.

// „Made in Europe“ steht für viele Verbraucher für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne. Dass dem nicht immer so ist, zeigt eine aktuelle Schuh-Studie der „Kampagne für Saubere Kleidung“. Die Autorinnen und Autoren stießen bei ihren Recherchen in den osteuropäischen Werkstätten bekannter Schuhmarken auf skandalöse Arbeitsbedingungen der Näherinnen. Und der Kinder. //

Im Sommer ist die Hitze in der Fabrikhalle kaum auszuhalten, im Winter sind die Finger an der Nähmaschine steif vor Kälte – doch extreme Temperaturen sind nur ein Missstand, unter dem die Näherinnen in den Schuhfabriken Osteuropas leiden. Schlimmer seien Erschöpfung und Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter, sagt Bettina Musiolek von der „Kampagne für Saubere Kleidung“. Die Menschenrechtsorganisation untersucht seit vielen Jahren die Zustände in der globalen Modeindustrie.

In einer aktuellen Untersuchung mit dem Titel „Labour on a Shoestring“* sowie über die Firmenbefragung „Trampling workers rights underfoot“* hat die Kampagne Arbeitsbedingungen in den Schuhfabriken in sechs osteuropäischen Ländern unter die Lupe genommen: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Polen, Rumänien und Slowakei. In diesen Ländern arbeiten 40 Prozent der europaweit 300 000 Arbeitskräfte in der Schuhproduktion.

Von dort kommt auch jeder fünfte Schuh, der bei uns im Laden steht. Egal ob es sich um Marken wie „Adidas“, „Ara“, „Bata“, „Deichmann“, „Ecco“, „Gabor“, „Lowa“, „Rieker“ oder „Zara“ handelt – viele westeuropäische Schuhhersteller lassen im Osten produzieren. Allein in Rumänien hat die Schuhproduktion seit 2010 um 25 Prozent zugelegt. Denn „Made in Europa“ verkauft sich gut – und zu einem höheren Preis. Hinzu kommt, dass China als bisher größtes Schuhproduktionsland vielen europäischen Markenfirmen inzwischen zu teuer ist. „Dank günstiger Zoll- und Handelssysteme in Europa sowie geografischer Nähe lassen europäische Schuhmarken vor allem kleinere Auftragsgrößen und hochpreisige Schuhe in Osteuropa herstellen“, sagt Menschenrechtsaktivistin Musiolek, eine der Autorinnen der Studie. In Osteuropa seien die Löhne „extrem niedrig“. Albanien sei „das Bangladesch Europas“.

Dumping-Löhne

In Europa geht es also noch billiger als in Fernost. In China liegt der Mindestlohn für Arbeiter in Schuhfabriken heute bei umgerechnet 213 Euro pro Monat, laut Studie beträgt er in Albanien 140, in Rumänien 156, in Mazedonien 145 und in Polen 318 Euro. Auf diese staatlichen Mindestlöhne verweist auch die Schuhbranche gerne. Der Vorwurf, man zahle Hungerlöhne, sei nicht gerechtfertigt – „die Löhne in den genannten Ländern entsprechen dem landesüblichen Niveau“, betont der Bundesverband der Schuh- und Lederwarenindustrie.

Das sieht Kampagnenvertreterin Musiolek ganz anders: „Der gesetzlich festgelegte Mindestlohn in Billiglohnländern ist vielleicht ideal, um Investoren aus dem Ausland anzulocken, er reicht aber nicht aus, um den Familien ein existenzsicherndes Einkommen zu ermöglichen.“ Die Näherinnen, fügt sie hinzu, „haben trotz wahnsinnig anstrengender Arbeit mit mehr als 50 Stunden die Woche kein Auskommen“.

Auch das Argument, in Albanien, Rumänien oder Mazedonien sei das Leben doch billiger, ziehe nicht, wie ein Testeinkauf bei dem Discounter Lidl gezeigt habe, der in diesen Ländern Filialen hat. So müsse der Kunde für den Kauf von 30 Grundnahrungs- und Hygienemitteln in Deutschland 34 Euro auf den Tisch legen. In Rumänien sei der Einkauf derselben Waren teurer, hier zahle der Verbraucher 37 Euro. Sprit koste in beiden Ländern fast das Gleiche. Um eine vierköpfige Familie zu ernähren, müsse eine Näherin nach Angaben der Kampagne pro Monat in Albanien 588, in Rumänien 706, in Mazedonien 726 und in Polen 1 000 Euro verdienen. Doch von solchen Löhnen sei die Schuhbranche weit entfernt. 179 Arbeiter in zwölf Schuhfabriken, die für den europäischen Markt produzieren, sind zu Verdienst und Lebensunterhalt für die aktuelle Schuh-Studie interviewt worden. „Mehr als jeder zweite Befragte in Albanien erhielt nicht einmal den gesetzli-

Foto: dpa

In Osteuropa Schuhe zu produzieren, ist billig. Noch billiger als in China. Und: „Made in Europe“ verkauft sich gut. Dass die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Schuhfabriken Rumäniens oder Albaniens Hungerlöhne bekommen, weiß kaum jemand.

chen Mindestlohn – und der ist schon unterirdisch“, kritisiert Musiolek. Hinzu komme, dass der Sektor zu 50 Prozent informell produziere, viele Näherinnen nicht sozialversichert seien, Überstunden nicht bezahlt bekämen und zudem sexuell bedrängt würden. „Sich zu wehren und seine Rechte einzuklagen, traut sich kaum jemand; zu groß ist die Angst, dann den Job zu verlieren“, berichtet die Menschenrechtsaktivistin. Selbst Gewerkschaften vor Ort seien keine Hilfe: „In vielen haben sich mafiöse und korrupte Strukturen gebildet – die Gewerkschaften sind selbst abhängig von den Textilarbeitgebern.“

Vorwürfe zurückgewiesen

Die Schuhbranche weist die in der Studie geäußerten Vorwürfe, sie zahle Dumping-Löhne, zurück. Man könne „die Behauptungen in keiner Weise nachvollziehen“ – es handle sich um „Einzelfälle“, stellt Manfred Junkert, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Schuh- und Lederwarenindustrie, klar. „Die sozialen und ökologischen Standards unserer Industrien zählen zu den höchsten weltweit.“ Wie wenig die Branche an besseren Arbeitsbedingungen und Transparenz über die Herkunft der Schuhe interessiert ist, belegt indes eine Firmenbefragung der Kampagne: Demnach beantworteten elf der 29 angeschriebenen Unternehmen die Fragen nach Lohnniveau, Arbeitsschutz oder Kompensation von Mehrarbeit überhaupt nicht. „Auch die, die antworteten, setzen Grundrechte nicht effektiv um“, stellt Musiolek fest. Nur neun Unternehmen veröffentlichten überhaupt einen Nachhaltigkeitsbericht. Lediglich die Marken „El Naturalista“, „Eurosko“ und „Adidas“ zeigten sich „auf gutem Weg“.

Was Sozialstandards betrifft, sind laut Kampagne Modekonzerne, die T-Shirts oder Hemden anbieten, um etliches weiter als die Schuhbranche: „Anders als Unternehmen wie H&M oder Kik, die durch Berichte über Kinderarbeit in Nähfabriken oder Katastrophen wie den Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch für diese Themen zumindest sensibilisiert wurden, sind die meisten Schuhhersteller beim Thema Menschenrechte noch absolute Anfänger.“ Dasselbe treffe leider auch auf die meisten Käufer zu. 13 Paar Schuhe soll jeder Deutsche im Schnitt besitzen. Unter welchen Bedingungen diese hergestellt werden, wisse aber kaum jemand. Damit verstärkten Produzenten wie Konsumenten die Not der Arbeitskräfte in den Fabriken, so Musiolek, sowie die Migration vieler Osteuropäer gen Westen. „Indem sie die örtlichen Strukturen ausnutzen, tragen die Arbeitgeber der Schuhfabriken ganz stark zu den Fluchtursachen bei“, sagt die Aktivistin. Nicht zuletzt auch zur Kinderarbeit. In Albanien – hier hat die GEW-Stiftung fair childhood Partner – „haben wir klare Hinweise bekommen, dass auch Jugendliche, die jünger als 15 Jahre sind, in Schuhwerkstätten arbeiten“, berichtet Musiolek. Das wundere sie nicht: „Wo Eltern wenig Lohn bekommen, ist die Gefahr groß, dass Töchter und Söhne mit zum Familieneinkommen beitragen müssen – und womöglich deswegen auch keine Schule mehr besuchen können.“

Martina Hahn,
freie Journalistin

Faire Schuhe ohne Kinderarbeit

- 24,3 Milliarden Paar Schuhe werden jährlich weltweit produziert – zumeist unter menschenunwürdigen Bedingungen. Auf Kautschukplantagen in Sri Lanka, in Ledergerbereien in Indien sowie in den Nähfabriken in Fernost müssen häufig auch Kinder schuften.
- Wer fair erzeugte Schuhe kaufen möchte, wird fündig bei Fair Deal Trading, www.ethletic.com, www.fairrubber.org, www.solerebels.com, www.startnext.com/karma-chakhs, www.startnext.de/gutta-soles.

***Eine Zusammenfassung beider Studien in deutscher Sprache unter: http://lohnzumleben.de/arbeitsrechte-mit-fuessen-getreten/**

Kindern eine Kindheit geben

Machen Sie mit.
Unterstützen Sie *fair childhood* –
GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.eu

Ja, ich möchte mehr Informationen zu *fair childhood,* bitte senden Sie mir weitere Informationen

E&W 09/2016

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
z. Hd. Susanne Hemmerling
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Hilfe für Opfer rechter Gewalt

// Die hessische Beratungsstelle „response“ unterstützt Menschen nach einem rassistischen Angriff. Das Team kommt mit der Arbeit kaum hinterher. Auch bundesweit gilt: Der Bedarf ist größer als die Kapazitäten der Beratungsstellen. //

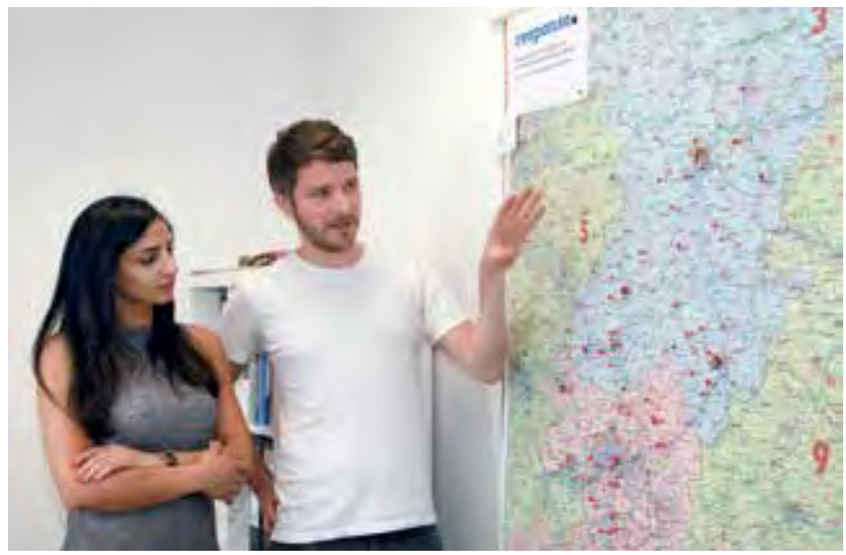


Foto: Maria Obermaier

Für jeden neuen Überfall auf Jugendliche anderer Hautfarbe oder einen Flüchtling pikst das Team von „response“, eine Beratungsstelle für Opfer rechter und rassistischer Gewalt in Frankfurt am Main, eine rote Stecknadel in die Landkarte von Hessen. Die Mitarbeiter Roman Jeltsch und Miriam Modalal helfen den Betroffenen.

Wird ein Jugendlicher wegen seiner Hautfarbe angegriffen oder ein Flüchtling auf der Straße überfallen, pikst das Team von „response“ eine rote Stecknadel ins Papier: Auf der hessischen Landkarte in dem winzigen Büro der Beratungsstelle für Opfer von rechter und rassistischer Gewalt in Frankfurt am Main wimmelt es von Punkten. „Und das sind längst nicht alle Übergriffe“, sagt der Pädagoge Roman Jeltsch vom „response“-Team, „sondern nur die, von denen wir erfahren.“ Gerade in ländlichen Regionen sei der Zugang zu Informationen oft sehr schwierig. Für das erste Halbjahr haben die Mitarbeiter in Hessen fast 70 Fälle rechter Gewalt dokumentiert, darunter Brandanschläge und Schüsse auf Flüchtlingsunterkünfte. Für die Opfer kann es dramatische Folgen haben.

„Wir haben es teilweise mit schwer traumatisierten Menschen zu tun“, erklärt die Psychologin Miriam Modalal vom Beratungsteam. Viele hätten in ihren Heimatländern oder auf der Flucht schlimme Dinge erlebt. In Deutschland seien sie meist sozial noch nicht so eingebunden. Oft berichteten Betroffene auch von schlechten Erfahrungen, die sie mit Behörden machen. Bei den Ermittlungen der Polizei liege der Fokus häufig auf dem sozialen Umfeld der Geflüchteten, kritisiert die Psychologin. Sprich: Die Opfer würden von der Polizei wieder und wieder verhört, ebenso ihre Familienangehörigen. Modalal spricht von einer „Täter-Opfer-Umkehr“. Hinzu komme, dass die Taten häufig von offizieller Seite bagatellisiert würden. „Das ist zumindest die subjektive Erfahrung der Betroffenen“, fügt Modalal hinzu. Die Folge: Viele Opfer kapselten sich ab.

Bei der Beratungsstelle in der Bildungsstätte Anne Frank finden sie professionelle Hilfe. Das Team besteht aus drei festen Mitarbeitern, hinzu kommen Honorarkräfte. Die Fachleute sprechen sechs Sprachen, darunter Arabisch und Farsi, bei Bedarf wird ein Dolmetscher hinzugezogen. Sie begleiten die Opfer zur Polizei oder zum Gericht, vermitteln einen Anwalt, bieten rechtliche Beratung und psychosoziale Unterstützung.

Weltbild erschüttert

Jede Woche gehen bei „response“ drei bis fünf neue Anfragen ein. Der Aufwand ist unterschiedlich. Manchmal reichten einige Telefonate, um die Person ganz gut zu stabilisieren, sagt die Psychologin. Andere Vorfälle beschäftigten das Team viele Monate lang. Beispiel: Eine muslimische Frau wird auf dem Weg zum Einkaufen aus heiterem Himmel angegriffen. Jemand zerrt ihr das Kopftuch herunter, reißt sie zu Boden. Die Frau ist daraufhin schwer traumatisiert, will ihr Haus nicht mehr verlassen.

Viele Betroffene hätten „größte Mühe“, mit so einem Erlebnis klarzukommen, berichtet Jeltsch. Ihr gesamtes Weltbild sei erschüttert. Die Mitarbeiter sind geschult im Umgang mit Traumata. Doch wenn sich schwere Folgestörungen wie Depressionen oder Angstzustände abzeichnen, werden die Ofer an Psychotherapeuten weiterverwiesen.

Seit die Beratungsstelle vor knapp einem halben Jahr ihre Arbeit offiziell aufgenommen hat, können sich die Mitarbeiter vor Anfragen kaum retten. „Wir kommen an die Grenzen unserer Kapazitäten“, sagt Modalal. Der Bedarf ist enorm, nicht nur in Hessen. Bundesweit ist ein dramatischer Anstieg von Angriffen auf Flüchtlinge und Menschen anderer Herkunft festzustellen.

Nach Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) haben sich etwa die Attacken auf Flüchtlingsheime 2015 im Vergleich zum Vorjahr verfünffacht. Im ersten Quartal 2016 zählte die Behörde rund 350 Angriffe auf Asylsuchende und deren Unterkünfte. Und das sind nur die offiziellen Angaben. Die Amadeu Antonio Stiftung dokumentiert fast doppelt so viele Vorfälle. „Wir haben es mit einer massenhaften Angriffswelle zu tun“,

>> Fortsetzung auf Seite 44

FERNE WELTEN entdecken!

IKARUSTOURS

Studien- und Erlebnisreisen im Herbst und Winter 2016

Marokko und seine Königsstädte

9-tägige Erlebnisreise zu den imposanten Königsstädten Rabat, Meknès, Fès und Marrakesch sowie entlang der Straße der Kasbahs

Casablanca – Rabat – Meknès – Fès – Erfoud – Straße der Kasbahs – Ouarzarate – Marrakesch

Leistungen:
- Linienflüge mit IBERIA ab/bis Frankfurt inkl. Steuern und Gebühren
- Übernachtungen in guten ****- und *****-Hotels mit Halbpension
- Transfers, Rundfahrten-, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Reiseleitung örtl., deutschspr.

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

613211-07	22.10.16-30.10.16	€ 1.130,–
613211-08*	24.12.16-01.01.17	€ 1.180,–
Einzelzimmer-Zuschlag:		+ € 170,–
innerdt. Bahnanreise (Rail&Fly):		+ € 86,–
Mindestteilnehmerzahl:		15 Personen

* Silvesterdinner inklusive

Vietnam kompakt

10-Tage-Kurzrundreise zu den kulturellen und landschaftlichen Höhepunkten im Norden und im Süden des Landes mit optionaler Verlängerungsmöglichkeit in Angkor

Hanoi – Halong-Bucht – Hué – Da Nang – Hoi An – Saigon – Mekong-Delta (- Angkor)

Leistungen:
- Linienflüge mit VIETNAM AIRLINES ab/bis Frankfurt inkl. Steuern und Gebühren
- innerasiatische Flüge
- Übernachtungen in guten ***-****-Hotels mit Frühstück
- Transfers, Rundfahrten-, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Reisehandbuch nach Wahl
- Reiseleitung örtl. deutschspr.

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

621302-04A	01.11.16-10.11.16	€ 1.590,–
621302-05A	22.11.16-01.12.16	€ 1.590,–
621302-06A	27.12.16-05.01.17	€ 1.980,–
Einzelzimmer-Zuschlag:		+ € 180,–
innerdt. Bahnanreise (Rail&Fly):		+ € 40,–
Mehrpreis für 3-Tage-Verlängerung Angkor:		+ € 530,–
Mindestteilnehmerzahl:		11 Personen
Visum:	Vietnam:	nicht erforderlich
	Kambodscha:	+ USD 30,–

Inselparadies Sri Lanka

16-tägige Studienreise zu den hochrangigen kulturhistorischen Zentren und zu den einzigartigen Naturparadiesen auf der Insel im Indischen Ozean

Colombo – Galle – Udawalawe Nat.Park – Nuwara Eliya – Kandy – Sigiriya
Anuradhapura – Trincomalee – Polonnaruwa – Marawila

Leistungen:
- Linienflüge mit ETIHAD AIRWAYS ab/bis Frankfurt über Abu Dhabi nach Colombo inkl. Steuern und Gebühren
- Übernachtungen in guten ***-****-Hotels mit Frühstück und Abendessen
- Transfers, Rundfahrten-, Besichtigungs- und Erlebnisprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Reisehandbuch nach Wahl
- Reiseleitung örtl. deutschspr.

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

623216-04	05.11.16-20.11.16	€ 2.275,–
623216-05	24.12.16-08.01.17	€ 2.780,–
Einzelzimmer-Zuschlag:		+ € 650,–
Innerdt. Bahnanreise (Rail&Fly):		+ € 86,–
Visum:		+ USD 30,–
Mindestteilnehmerzahl:		7 Personen

Weitere spannende Reisen im Herbst und zum Jahreswechsel:

(Preise je Person im Doppelzimmer)

Durchführung der Touren weitestgehend gesichert

HÖHEPUNKTE DES OMAN

611001-35	17.12.16-24.12.16	€ 1.880,–
611001-36	24.12.16-31.12.16	€ 1.880,–
611001-37	31.12.16-07.01.17	€ 2.080,–

MYANMAR KOMPAKT

623308-06	20.11.16-01.12.16	€ 2.750,–
623308-07	25.12.16-05.01.17	€ 3.080,–

KAPVERDISCHE INSELN

615401-15	23.12.16-03.01.17	€ 2.890,–
615401-16	26.12.16-06.01.17	€ 2.890,–

MAGISCHES WESTAFRIKA: GHANA – TOGO – BENIN

615405-09	27.10.16-07.11.16	€ 2.240,–
615405-10	10.11.16-21.11.16	€ 2.240,–
615405-11	26.12.16-06.01.17	€ 2.240,–

zzgl. Flüge

HÖHEPUNKTE CHILES

643727-06	19.11.16-28.11.16	€ 2.690,–
643727-07	24.12.16-02.01.17	€ 2.990,–
Mehrpreis Tour B (4 Tage Nord-Chile):		+ € 1.000,–

GALÁPAGOS AKTIV

645508-06	25.12.16-07.01.17	€ 5.590,–

Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Veranstalters. Katalogbestellung sowie Beratung und Buchung zu diesen Reisen in Ihrem Reisebüro oder beim Veranstalter:

IKARUS TOURS GmbH · Am Kaltenborn 49-51 · 61462 Königstein
Tel. 0800 - 46 36 452 (kostenfrei) · Fax: 06174 - 2 29 52 · E-Mail: gew@ikarus.com · www.ikarus.com

>> Fortsetzung von Seite 42

sagt der Geschäftsführer der Stiftung, Timo Reinfrank. Doch lediglich 20 bis 25 Prozent der Gewalttaten würden bekannt. Nach wie vor trauten sich viele Opfer nicht, sich nach einem Übergriff zu melden. Die Programme in den Bundesländern seien stark auf die Täter fixiert, berichtet der Stiftungskoordinator. So spiele etwa die Radikalisierungsprävention eine große Rolle. Doch die Perspektive der Betroffenen, ihre Unterstützung und Begleitung werde immer noch zu wenig in den Blick genommen. Das gelte vor allem für Westdeutschland.

Im Osten gebe es inzwischen ein verhältnismäßig gutes Beratungsangebot, sagt Reinfrank, da rechte Gewalt zunächst als ostdeutsches Problem begriffen worden ist. Doch auch im Westen habe sich seit dem „NSU-Schock“ einiges getan. „Angesichts der aktuellen Situation aber immer noch zu wenig“, betont der Stiftungskoordinator.

Die Anlaufstelle in Hessen wird je zur Hälfte von Bund und Land mit insgesamt 200 000 Euro pro Jahr finanziert. Angesiedelt ist die Einrichtung beim „beratungsNetzwerk hessen“, das Schulen, Kommunen und Vereine nach Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund berät. „Die Opferberatung bleibt nicht auf der individuellen Ebene stehen, sondern wirkt ins Gemeinwesen hinein“, erklärt der Leiter des Demokratiezentrums im Beratungsnetzwerk, Reiner Becker, von der Philipps-Universität Marburg. Rechte Gewalt zeichne sich dadurch aus, dass Menschen zum Opfer würden, weil sie einer bestimmten Gruppe angehören: Flüchtlinge, Homosexuelle, Obdachlose und Linke. Das Angebot wirke deshalb über die einzelne Person hinaus.

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

Kontakt:
Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr:
Tel. 069 / 56 000 241
kontakt@response-hessen.de
Die Beratung ist unabhängig, vertraulich und auf Wunsch anonym. Mehr Infos unter: www.response-hessen.de

Warum Menschen fliehen

Die Zahl der Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten oder aus Armutsgründen fliehen, nimmt zu. Die neu erschienene Publikation „Warum Menschen fliehen“ von medico international und GEW zeigt, dass die Chancen auf ein gutes Leben weltweit extrem ungleich verteilt sind. Die Autorinnen und Autoren sehen darin die Hauptursache der Flucht- und Migrationsbewegungen – und eine Mitverantwortung der Industrienationen. Die 32-seitige Broschüre ist nicht explizit für den Unterricht gedacht, aber gut in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit einzusetzen.

Einzelexemplare erhalten Sie zum Preis von einem Euro zzgl. Portokosten unter broschueren@gew.de, Bestellungen ab zehn Stück bitte über den GEW-Shop: www.gew-shop.de (Artikel-Nr. 1648).

Demo gegen CETA und TTIP

17. September: Mit an diesem Tag sieben parallel stattfindenden Großdemonstrationen will ein breites gesellschaftliches Bündnis, an dem auch die GEW beteiligt ist, den immer lauter werdenden Widerstand gegen die umstrittenen Freihandelsabkommen CETA und TTIP bundesweit auf die Straßen bringen. Unmittelbar vor dem SPD-Parteikonvent zum Handelsabkommen CETA sowie dem entscheidenden Treffen des EU-Handelsministerrates.

Die mehr als 30 Trägerorganisationen des Bündnisses (neben Gewerkschaften u. a. der Deutsche Kulturrat) fordern den sofortigen Stopp der TTIP-Verhandlungen sowie das Aussetzen der Ratifizierung von CETA. Mit beiden Handelsabkommen, so kritisieren die Gewerkschaften, würden eine Paralleljustiz für Investoren verankert und rechtsstaatliche Prinzipien außer Kraft gesetzt, demokratische Gestaltungsspielräume drohten ausgehöhlt zu werden.

Alle unterstützenden Organisationen auf der Netzwerkseite des Trägerkreises: www.ttip-demo.de/home/netzwerk/
Aufruf zu den Demos: www.ttip-demo.de/home/aufruf

„Interkulturalität und Demokratie“

Unter dem Motto „Interkulturalität und Demokratie“ findet vom 18. bis 22. November in Mariaspring bei Göttingen eine GEW-Fachtagung zur schulischen Arbeit im Ausland statt.

Als „Third Culture Kids“ werden Schülerinnen und Schüler Deutscher Auslandsschulen oft beschrieben, weil sie einen wichtigen Teil ihrer Kindheit und Jugend in einem interkulturellen Lernumfeld verbringen. Deutsche Auslandsschulen wollen Absolventinnen und Absolventen hervorbringen, die ihr Leben verantwortungsbewusst und sozial kompetent gestalten. Doch wie gelingt den Einrichtungen das? Ist die Sozialisation in der interkulturellen Atmosphäre einer Deutschen Auslandsschule allein schon Garant für demokratische Gesinnung und soziales Verhalten? Wieviel Freiheit und Teilhabe sind möglich an Deutschen Auslandsschulen in autoritären und diktatorischen Staaten?

Die GEW-Fachtagung zum Auslandsschulwesen richtet sich an Lehrkräfte, die vom Auslandsschuldienst zurückgekehrt sind oder sich auf einen Auslandseinsatz vorbereiten wollen. Wer im Schuldienst ist, kann für die Teilnahme an der Tagung Dienstbefreiung beantragen. Anmeldung bitte bis 21. Oktober unter: www.gew.de/interkulturalitaet.

„Keine Gutmenschen“

(E&W 6/2016, Schwerpunkt „Stiftungen im Bildungswesen“)

Anlässlich des „Neustifter-Empfangs“ am 7. Juni im Rathaus haben Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) und der grüne Justizsenator Till Steffen mit Stolz auf Folgendes hingewiesen: „In Hamburg haben nun 1 376 Stiftungen ihren Sitz mit einem Stiftungsvermögen von rund 8,7 Milliarden Euro. Hamburg belegt mit der Anzahl der Stiftungen pro 100 000 Einwohner im Bundesländervergleich den ersten Platz.“

Der grüne Senator kommt aus dem Schwärmen nicht heraus und ergänzt: „Als Stiftungshauptstadt versammelt Hamburg nicht nur eine hohe Summe Geld für den guten Zweck .... Die Stifterinnen und Stifter setzen sich mit einer fast verblüffenden Selbstverständlichkeit für ihre Mitmenschen ein und opfern Zeit, Geld und vielleicht manchmal auch Nerven für den guten Zweck. Dieses Engagement ist Hamburgs größtes Vermögen. Die Stadt kann darauf stolz sein.“

Ich bin sprachlos, wie ein Politiker der Grünen, die im kommenden Bundestagswahlkampf dafür eintreten wollen, die Vermögensteuer wieder einzuführen, so einseitig Stiftungen als Einrichtungen von „Gutmenschen“ preisen kann.

Auf der anderen Seite war es die rot-grüne Koalition, die im Jahr 2000 auf Vorschlag der Bertelsmann Stiftung unglaubliche Steuererleichterungen für Stifter und Stiftungen beschlossen hat. Das ließ dann auch die Zahl der Stiftungen um zirka das Dreifache steigen.

Sicher, gemeinnützige Stiftungen tun Gutes, aber nicht alle. Es geht auch darum, Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen zu nehmen – und Steuern einzusparen.

Warum ist Hamburg Stiftungshauptstadt? Grundsätzlich ist eine Stiftung in der Hansestadt verpflichtet, der Stiftungsaufsicht die Jahresrechnung oder einen Prüfbericht innerhalb von

>> Fortsetzung auf Seite 46

TPZAK
BILDUNGSWERK DARSTELLENDE KÜNSTE KÖLN
Theater- & Zirkuspädagogik
berufsbegleitende Fortbildungen
Bildungsurlaube
Workshops
Kurse
www.tpzak.de
Träger ist das Theaterpädagogische Zentrum e.V. Köln

Schul-Organisation
Elterngespräche besser dokumentiert
entweder klassenweise im Heft oder im Einzelprotokoll mit Durchschrift.
Bei uns erhältlich!
www.schulorganisation.com
FL SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Info-Paket:
Unsere neue Arbeit.
wirtschaftspsychologie-aktuell.de/arbeit

Nordsee/Norddeich
Freizeitgruppenhaus
Für Selbstversorger (max. 28 Pers.), ideal für Klassenfahrten/Freizeiten/Seminare, tolle Freizeitangebote, kompl. eingerichtet, Strandnähe.
www.selbstversorgerhaus-nordsee.de Tel. 04941 / 68865

Örtlicher Spezialist für Klassenfahrten nach Prag
flaska@flaska.cz, +420 777 311 589
www.flaska.cz

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

Freizeit- und Segelzentrum Ratzeburg
Angebote für Klassenfahrten: Segel- und Surfkurse inkl. Ü / VP
Telefon 04541 / 89906-0
www.cvjm-ratzeburg.de

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 www.la-ruca.de

Exklusive Kultur-Leserreisen
Musik und Literatur an besonderen Orten erleben
www.gew.de/Verlagsreisen

Berlin-Klassenfahrten
030 / 29 77 83 0
BERLIN UNLIMITED
Städtereisen International
4 Tage „Mittenmang - ein Streifzug durch Berlin“ ab 89,00 € p.P.
inkl. 3 x Ü/F, Stadtrundfahrt und Currywurst, Spreebootstour, "Unterwegs in Berlin" - junge Berliner zeigen Ihre Stadt
5 Tage „Grenzgänger“ ab 105,00 € p.P.
inkl. 4 x Ü/F, geführte Mauertour, Mauermuseum „Haus am Checkpoint Charlie", DDR-Museum, Führung durch das ehemalige Stasigefängnis
Telefon: 030 / 29 77 83 0
info@berlinunlimited.com
www.berlinunlimited.com

Klassenfahrten der Jugendherberge Essen
Aller Anfang ist leicht 2017
5. - 6. Klasse | 3 Tage | ab € 119,00
Die Schüler lernen sich kennen, setzen sich Ziele für die gemeinsame Zukunft.
Einer für alle – alle für einen 2017
7. - 13. Klasse | 3 - 5 Tage | ab € 139,00
Ein Teambuilding mit Kooperationsübungen
Entdecken. Erleben. Bewegen 2017
5. - 6. Klasse | 3 Tage | ab € 101,00
Der Wandel des Ruhrgebiets: Die Zeugnisse der Industriekultur bilden dabei die Kulisse für aufregende Erlebnisse.
NEU! 2 FREIPLÄTZE für Klassenfahrten
Weitere Angebote und Klassenfahrten zum Schnäppchenpreis:
www.essen.jugendherberge.de
DJH Rheinland

schulfahrt.de Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.
z. B. Dresden 4 Tage inkl. Prog. Stadtrundgang uvm. ab 144,– €
z. B. Mailand Flugreise 4 Tage tolles Prog.-Angebot ab 172,– €
z. B. Hamburg 5 Tage inkl. Prog. & Ausflug n. Bremen ab 124,– €
Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde
Ihr Reiseveranstalter
Tel.: 0 35 04/64 33-0
www.schulfahrt.de
✆ Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

>> Fortsetzung von Seite 45

sechs Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres vorzulegen. Aber nicht in den Fällen, in denen der Gründer eine Einzelperson ist. Solange dieser lebt, besteht diese Verpflichtung nicht. Das hängt mit dem sogenannten „Stifterprivileg“ zusammen, das es nur in Hamburg gibt. Da wundert es wohl niemanden mehr, dass so viele Stiftungen ihren Sitz in der Hansestadt anmelden!

Dora Heyenn, Hamburg

Bedrohung und Angst

(E&W 7-8/2016, Seite 2: „Toleranz?!“, Seite 27: „Asyl: Vorurteil und Fakt“, Seite 28 f.: „Weltoffenheit stärken“)

Der Gastkommentar von Professor Rainer Forst hat mir gefallen. Er erklärt den Begriff Toleranz differenziert. Leider wird heutzutage Toleranz von den meisten Menschen nur von anderen erwartet. Selbst lehnt man sie ab. Wenn mir allerdings etwas bedrohlich vorkommt, finde ich Toleranz schwierig. Zum Beispiel sehe ich in den Kopftuch- oder gar Burka-tragenden Islamistinnen eine Provokation sowie einen Hinweis darauf, was europäischen Frauen droht, wenn der Islam hier die Übermacht bekommt.

Zum Thema „Weltoffenheit“: Diese hat uns eine nie zuvor gekannte Kriminalität ins Land gebracht. Ich wurde selbst schon Opfer. Und: Vergessen wir nicht die mörderischen Terroranschläge in aller Welt.

Sehr erstaunt, wenn nicht gar empört, hat mich der Beitrag von Christoph Ruf. Verschließt der Autor die Augen und Ohren vor Tatsachen, die ihm nicht gefallen?

Helga Schumann, Berlin

„Einseitiges Bild“

(E&W 7-8/2016, Seite 4: „Gewalt gegen Lehrkräfte“)

Mit Befremden las ich den Artikel von Andreas Knobloch, der über „Gewalt gegen Lehrkräfte“ in Mexiko berichtet. Der Autor vermittelt den Eindruck, dass die Gewerkschaftsinteressen berechtigt seien.

In der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ, Internationale Ausgabe) vom 9. Juli konnte man Hintergründe der Auseinandersetzung zwischen der Lehrergewerkschaft „Coordinadoa Nacional de Trabajadores de la Ensenanza“ (CNTE) und der Regierung erfahren: Demonstranten blockierten Straßen und Bahngleise, die Versorgung der dortigen Bevölkerung war gefährdet, Unterricht fiel seit Wochen aus. Gegen was kämpft eigentlich die mexikanische Lehrergewerkschaft?

Laut NZZ-Bericht will die Regierung mit ihrer Bildungsreform zum einen die Qualität des Bildungswesens verbessern, zum anderen dem von den Gewerkschaften unterstützten Klientelismus Einhalt gebieten. Mexiko liege bei den PISA-Erhebungen auf den letzten Plätzen der OECD-Länder, stellt die Zeitung fest. Erste Auswertungen der Eignungstests eingestellter Lehrkräfte ergaben nach NZZ-Angaben zudem, dass fast die Hälfte bei Prüfungen durchgefallen ist (!) oder diese nur knapp bestanden hat. In der Provinz Oaxaca entscheide die Gewerkschaft sogar über die Lehrerausbildung und die Stellenvergabe. „Durch die staatliche Bildungsreform können die Lehrerstellen nicht mehr wie üblich erkauft oder vererbt werden“, schreibt die NZZ. Der E&W-Artikel zeichnet indes ein einseitiges Bild der Lage.

Gudrun Winterling, Freiburg

„Fakt statt Vorurteil“

(E&W 7-8/2016, Seite 27: „Asyl: Vorurteil und Fakt“)

Prinzipiell finde ich es gut und richtig, falsche Vorurteile und Gerüchte aufzudecken und etwas klarzustellen, wenn etwas unbegründet ist.

Leider hat die E&W-Redaktion ihr Beispiel schlecht ausgewählt.

Dass nämlich der Supermarkt wegen der Flüchtlinge Security-Personal anheuern muss, ist in meiner Kreisstadt nicht Vorurteil, sondern schlicht Fakt.

Seit einem guten Jahr gibt es hier eine große Flüchtlingsunterkunft. Schon kurz nach deren Eröffnung kam es zu ersten Diebstählen im nahegelegenen Supermarkt und in der Tankstelle. Selbstverständlich verhält sich die große Mehrheit der Flüchtlinge korrekt. Es sind ja immer nur wenige, die den Ruf aller ruinieren. Trotzdem sah sich die Leitung des Supermarktes zu zusätzlichen Maßnahmen gezwungen. Auch in einem Bekleidungsgeschäft in der Innenstadt trifft man inzwischen regelmäßig auf Wachpersonal. Das war früher nicht der Fall.

Der Beitrag von Christoph Ruf fällt für mich in die Kategorie „regierungskonform weichgespült“. Er könnte auch als „Vertuschung“ aufgefasst werden und riskiert vielleicht sogar, Wasser auf die Mühlen der „Lügenpresse“-Hetzer zu gießen.

Birgit Fischer (per E-Mail)

„Einiges trifft nicht zu“

(E&W 7-8/2016, Seite 32 f.: „Theater macht Schule“)

Zunächst Danke für den Artikel, der etliche Vorteile dieses – wie Musik, Kunst und Sport – viel zu stark unterschätzten Faches (Theater) aufzeigt. Jedoch treffen einige Aussagen zumindest für mein Bundesland Thüringen nicht zu.

An meinem Gymnasium – Georgianum Hildburghausen – wird, wie an vielen anderen Schulen in Thüringen, Darstellendes Spiel als Unterrichtsfach im Wahlpflichtbereich ab Klasse 9 angeboten. Die Weiterbildung zur Spielleiterin wurde meinen Kolleginnen und mir über das Thüringer Schulportal (ThILLM) ermöglicht. Den Theater-Unterricht gibt es an unserer Schule seit nunmehr 20 Jahren ununterbrochen mit jeweils mindestens einer Lerngruppe in der 9. und 10. Klasse sowie einem Kurs in der Oberstufe pro Schuljahr. Natürlich ist es richtig, dass es noch viel besser wäre, bereits in den unteren Klassen mit dem Theaterspielen zu beginnen.

Ute Ramb
(per E-Mail)

E&W-Briefkasten
Postanschrift der Redaktion:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: renate.koerner@gew.de
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

CJD Malente –BILDUNGSZENTRUM–

Erlebnis-Klassenfahrten nach Malente / Holsteinische Schweiz: Teamentwicklung für Schulklassen

Selbstvertrauen und Körperbeherrschung · Training im Hochseilgarten Malente · Ein Tag im Outdoor-Camp / GPS-Rallye

www.cjd-malente.de

Godenbergstr. 7b, 23714 Malente, fon 04523/9916-0, info@cjd-malente.de

Seit 1966

Friesland Charter

Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP**

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

CLUBHOTEL
Nordägäis / Idaberg / Türkei
nahe Troja, am Meer bietet HP zu 24 € (p. Pers./Tag) Gruppen für Klassenfahrten ab 16 Pers. an. Mindestens für 1 Woche, ab Sept. bis Ende Juni. Tel.: 0641-84624
www.clubgultur.com

Klassenfahrten, Abi- & Studienreisen nach Berlin
www.berlinreisen.de

• **Berlin – Stadtführungen**
• **Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus**
030-21805214
TRAVEL SITE
www.travelxsite.de

Behutsam die Welt entdecken
✓ Fernreisen weltweit
✓ Studien- und Begegnungsreisen
✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch
www.Alternativ-Tours.de
Alternativ-Tours Tel. (030) 21 23 41 90
Otto-Suhr-Allee 59 10585 Berlin
AMERIKA · ASIEN · AUSTRALIEN

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Nordsee Klassenfahrten
Eure Hallig-Gruppenunterkunft im Weltnaturerbe Wattenmeer für Freizeiten, Projektfahrten, Seminare...
Telefon: 04849 / 90 99 60
www.ferienwarft.de

WENDELSTEIN® KLINIK
Krankenhaus für Neurologie, Psychiatrie, Innere Medizin und Psychosomatik
- Depressionen
- Schmerzstörungen
- Ängste
- Posttraumatische Belastungsstörungen

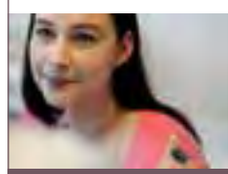
Geben Sie nicht auf!
WIR HELFEN IHNEN WEITER
WENDELSTEIN KLINIK
Reutlinger Str. 20 · 72501 Gammertingen
0 75 74 - 845
www.wendelsteinklinik.de
beihilfefähiges privates Akut-Fachkrankenhaus

Die Wollmarshöhe
Klinik Wollmarshöhe

Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin
Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen
Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler
Stationär, teilstationär, ambulant
Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung
Neurologische und psychokardiologische Abklärung
Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)
Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.
info@klinik-wollmarshoehe.de
Information / Auskunft:
07520 927-0
www.wollmarshoehe.de

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen
Prag? Nur mit uns!
Einzigartig: Ihre Wünsche, Ihre Reise, Ihr Programm.
PRAHA
das tschechische team
Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

MEDIAN



Wenn Engagement krank macht ...
· Depressionen · Essstörungen · Abhängigkeiten
· Burn-Out und Stresserkrankungen · Lebenskrisen
· Angsterkrankungen · Bipolare Störungen

Unser Konzept: Individuelles Programm, Schwerpunkt Einzeltherapie
Selbstfürsorge stärken und neue Orientierung finden

Bei der Klärung der Kostenübernahme sind wir Ihnen gerne behilflich.

MEDIAN Privatklinik Berggarten Deidesheim · Fachklinik für Psychosomatik und klinische Psychotherapie · Im Oberen Grain 1 · 671 46 Deidesheim · Telefon +49 6326 7008-0
kontakt.berggarten@median-kliniken.de · www.median-kliniken.de

Schullandheim im Nordschwarzwald
15 Autominuten von Baden-Baden entfernt liegt unser "Else-Stolz-Heim". Mit 41 Betten bietet es 36 Jugendlichen nebst Betreuern Platz und ist für Selbstversorger mit allem Komfort eingerichtet. In herrlicher Lage, mitten im Wald, nur 400 m von der Schwarzwaldhochstraße entfernt am Unterplättig, genießen Sie einen ungestörten Aufenthalt. Gute Wandermöglichkeiten bis auf über 1000 m Höhe (Badener Höhe) und im Winter Skisportmöglichkeiten. Lifte sind mit dem Bus erreichbar.
AWO Baden-Baden gGmbH Rheinstr. 164 76532 Baden-Baden
Tel. (0 72 21) 36 17-20 Fax (0 72 21) 36 17-50 www.awo-bb.de

Ihre Reiseleiter in PARIS für Klassenfahrten und Gruppenreisen
erfahren
agenturunabhängig
preisgünstig
vinculum MUNDI
Stadtrundfahrten
Ausflugsprogramme
Rundreisen
Tel.: +33 6 52 22 30 30
www.vinculum-mundi.com

ZARB *Arbeitsblätter kreativ & schnell erstellen*
Lösung
2 ZARB 4 IST
3 EINFACH 1 GENIAL
Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte: Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltagstaugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern.
Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausklicks.
hans zybura software
Waldquellenweg 52 · 33649 Bielefeld · Fon 0521.45366590 · info@zybura.com · www.zybura.com

S-E-T
STUDY - EXPLORE - TRAVEL
STUDIENREISEN LONDON
KLASSENFAHRTEN ENGLAND
www.s-e-t.de

E&W

Erziehung & Wissenschaft 09/2016

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

Lern-Räume

… dabei brauchen Schüler und Lehrkräfte flexible und ästhetische Lernlandschaften, in denen inklusiv unterrichtet werden kann.

Mit freundlicher Unterstützung von: die Baupiloten BDA - Foto: Jan Bitter